

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

**Oldenburg, [O.], Landtag 1.1849 - 6.1852; 30.1905/08 -
33.1916/19; 1.1919/20 - 5.1928/30[?]**

5. Sitzung, 21.05.1919

[urn:nbn:de:gbv:45:1-90141](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-90141)

Stenographischer Bericht

über

die Verhandlungen

der

verfassunggebenden Landesversammlung.

Fünfte Sitzung.

Oldenburg, den 21. Mai 1919, vormittags 10 Uhr.

- Tagesordnung:**
1. Bericht des Finanzausschusses über einen Nachtrag zum Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Provinzen Lübeck und Birkenfeld für das Jahr 1919. (Antrag des Direktoriums vom 8. März 1919.) (Anlage 4.)
 2. Bericht des Finanzausschusses zu der Anlage 6, betreffend einen einmaligen Zuschuß von 5000 *M* für das Vorwerk Adolphshof an den Landesverband der Provinz Lübeck zu den Kosten einer Landeschauffee von Nüchel—Bahnhof Benz—Malkwitz—Sieverdorf.
 3. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage des Direktoriums, betreffend Abänderung des Gesetzes für das Fürstentum Lübeck vom 24. März 1911, betreffend Unterstützung der Hebammen. 1. Lesung. (Anlage 7.)
 4. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage des Direktoriums, betreffend Gehaltsaufbesserung der Beamten des gemeinsamen Landgerichts in Lübeck. (Anlage 8.)
 5. Bericht des Finanzausschusses zu Anlage 9, betreffend Volkswehren.
 6. Bericht des Finanzausschusses über den Antrag des Direktoriums wegen Aenderung der Besoldungsordnung unter Nr. 45, 46, 212, 248 und 249, betreffend Anstellung von 7 weiteren Aktuaren und 6 Aktuargehilfen. (Anlage 10.)
 7. Bericht des Finanzausschlusses über die Vorlage des Direktoriums, betreffend die Ermächtigung, daß von der Staatlichen Kreditanstalt weitere 20 000 000 *M* für die Darlehensausgabe flüssig gemacht werden. (Anlage 12.)
 8. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 14.
 9. Bericht des Finanzausschusses zu der Eingabe des Gemeindevorstehers Boß-Bansdorf, betreffend eine gesetzliche Regelung der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung der Bürgermeister der Städte 2. Klasse und der Gemeindevorsteher in der Provinz Lübeck.
 10. Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe des Wirtes Otto Heß zu Birkenfeld im Fürstentum Birkenfeld.
 11. Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe der Besitzer des Strandhotels „Kurhaus“, verbunden mit einem Erholungsheim in Tossens, betreffend eine Entschädigung.
 12. Bericht des Finanzausschusses über den Antrag des sozialdemokratischen Wahlvereins der Gemeinde Zwischenahn, betreffend die sofortige Abtretung des Zwischenahner Sees an die Gemeinde Zwischenahn.
 13. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abgeordneten Blohm, betreffend Versorgung der Säuglinge mit einwandfreier Milch.

14. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Eingabe der deutschen demokratischen Partei, Ortsgruppe Elsfleth, der deutschen Volkspartei, Hauptgruppe Elsfleth, und des Vaterländischen Frauenvereins und Bürgervereins daselbst, betreffend Gleichstellung der Stadt Elsfleth mit der Nachbarstadt Brake.
- 14a. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Eingabe des Arbeiterrats, des deutschen Metallarbeiterverbandes und des sozialdemokratischen Vereins in Elsfleth.
15. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Eingabe des Volksrats Fedderwarden, betreffend Ernährung und Bekleidung der Industriebevölkerung von Fedderwarden.
16. Interpellation des Abgeordneten Schmidt.
17. Interpellation des Abgeordneten Behrens.

Vorsitzender: Präsident Tansen (Stollhamm).

Am Regierungstisch: Minister Scheer, Cz., Minister Graepel, Cz., Geh. Oberregierungsrat Willms, Amtshauptmann Cassebohm.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung und bitte den Herrn Schriftführer, das Protokoll der letzten Sitzung zu verlesen. (Abg. Griep verliest das Protokoll der 4. Sitzung.) Werden Einwendungen gegen den Inhalt des Protokolls erhoben? Es ist nicht der Fall, dann ist das Protokoll genehmigt. Nun bitte ich den Herrn Schriftführer, die Eingänge zu verlesen. (Abg. Albers verliest die Eingänge.) Ist der Landtag mit der Zuweisung an die Ausschüsse einverstanden? Herr Abg. Schmidt hat das Wort.

Abg. **Schmidt** (Zetel): M. H.! Es liegt hier vor eine Eingabe der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Bediensteten im Bezirk Oldenburg. Diese Eingabe ist vom Herrn Präsidenten zunächst dem Eisenbahnausschuß überwiesen. Auf Antrag des Herrn Abg. Müller hat der Landtag in der letzten Sitzung diese Eingabe dem Finanzausschuß überwiesen, weil darin ein Teil Kriegszulage enthalten ist. Die Petenten fordern Erhöhung ihrer Kriegszulagen um 450 M. Dieser Teil der Petition ist erledigt mit der Anlage 13.

Insbepondere aber petitionieren die Eisenbahnarbeiter um Gleichstellung der Löhne in den Bahnmeistereien. Das ist eine Materie, für die der Finanzausschuß sich nicht zuständig hält, weil er nicht informiert ist. Im Namen des Finanzausschusses bitte ich, diese Eingabe an den Eisenbahnausschuß zurückzuverweisen. Denn der Finanzausschuß möchte nicht gern hier vorgreifen und durch seine Entscheidung dem Eisenbahnausschuß vorgreifen. Ich darf noch erklären, daß ich mit dem Herrn Abg. Müller, dem Antragsteller, und auch mit dem Vorsitzenden des Eisenbahnausschusses gesprochen habe und die beiden Herren einverstanden sind mit meinem Antrag.

Präsident: Herr Abg. Müller hat das Wort.

Abg. **Müller:** Ich hatte in der vorigen Sitzung beantragt, die Eingabe dem Finanzausschuße zu überweisen, weil ich glaube, daß es sich bei Gelegenheit der Beratung über die Teuerungszulage wohl erledigen ließe. Aber wenn der Finanzausschuß sich der Sache nicht gewachsen fühlt, dann ist der Eisenbahnausschuß natürlich gern bereit, die Sache zu übernehmen.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter gewünscht.

Dann nehme ich an, daß der Landtag mit der Zuweisung an den Eisenbahnausschuß dem Antrag des Herrn Abg. Schmidt entsprechend einverstanden ist.

Wir treten in die Tagesordnung ein. 1. Gegenstand ist ein

Bericht des Finanzausschusses über einen Nachtrag zum Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Provinzen Lübeck und Birkenfeld für das Jahr 1919. (Antrag des Direktoriums vom 8. März 1919.) (Anlage 4.)

Der Ausschuß stellt den Antrag 1:

Im Nachtrag zum Voranschlag für Birkenfeld ist in § 79 der Ausgaben (vermischte und unvorhergesehene Ausgaben) der eingesezte Betrag des Voranschlags um 40 651 M 51 J zu erhöhen.

und den Antrag 2:

Der Landtag wolle dem Nachtrage zu den Voranschlägen für 1919 mit Ergänzung wie beantragt für Birkenfeld und unter Vorbehalt der Zustimmung zu den später einzusetzenden Beträgen in § 87a bezw. 88 der Ausgaben für Lübeck und Birkenfeld seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich eröffne die Beratung zu diesen beiden Anträgen. Herr Minister Scheer hat das Wort.

Minister **Scheer:** M. H.! Heute morgen ist mir eine Mitteilung der Deutschen Nationalversammlung zugegangen. Sie enthält eine Benachrichtigung des Reichsschatzministeriums über die Stellungnahme, die die Reichsregierung zu der in dem Bericht erörterten Frage der Beschlagnahme von ordnungsmäßig gefaustem Heeresgut durch den Feind nimmt. Es ist vielleicht von Interesse, daß ich diese Mitteilung des Reichsschatzministeriums hier zur Kenntnis bringe. Sie lautet:

Auf Grund einer Verordnung des Marschalls Foch vom 31. Januar 1919 nehmen die feindlichen Besatzungsbehörden alles Heeresgut in Anspruch, das am 11. November 1918 noch im Eigentum der Heeresverwaltung stand und nicht mehr über den Rhein geschafft werden konnte. Mit einer besonderen Verordnung hat der Feindbund alle diejenigen Verkäufe für nichtig erklärt, die von der deutschen Regierung (Kriegsministerium oder Reichsverwertungsamt) vorgenommen sind, und zwar in der Zeit zwischen dem 11. November und der Besetzung durch die feindlichen Truppen.

Gegen diese Verordnung ist seitens der deutschen Waffenstillstandskommission Widerspruch erhoben, da sie und damit auch die durch den Feindbund angeordneten Beschlagnahmen dem Waffenstillstandsvertrage widersprechen.

Unter Aufrechterhaltung dieses von der deutschen Waffenstillstandskommission vertretenen Standpunkts sind von der Reichsregierung Maßregeln getroffen worden, um die Rückzahlung der s. Zt. von den jetzt durch die Beschlagnahme betroffenen Besitzern an das Reich gezahlten Kaufpreise durchzuführen.

Zu diesem Zwecke sind im besetzten Gebiet Kommissionen eingesetzt, die von Fall zu Fall die für die Zurückzahlung erforderlichen Unterlagen zu prüfen haben.

Damit ist ein Teil des Ersuchens des Ausschusses erledigt. Die Regierung wird diese Mitteilung zur Kenntnis der Regierung in Birkenfeld bringen, damit geprüft werden kann, ob die betreffenden Käufer von Heeresgut im Fürstentum Birkenfeld Ansprüche an die Reichsregierung stellen können.

Zur Sache kann sich das Direktorium im übrigen noch nicht äußern, da ein von der Regierung eingeforderter Bericht noch nicht vorliegt.

Präsident: Wird das Wort noch gewünscht? Es ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab über die beiden Anträge 1 und 2 des Ausschusses, wie ich sie verlesen habe, und bitte ich die Herren, die die Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Die Anträge sind angenommen. M. H.! Es ist ein Nachtrag zum Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben und der Voranschlag ist ein Gesetz. Ich nehme an, daß deshalb auch der Nachtrag zweier Lesungen bedarf. Widerspruch erfolgt nicht. Dann bitte ich, Anträge zur zweiten Lesung bis morgen früh 10 Uhr einzureichen.

Der 2. Gegenstand der Tagesordnung ist ein

Bericht des Finanzausschusses zu der Anlage 6, betreffend einen einmaligen Zuschuß von 5000 M. für das Vorwerk Adolfsdorf an den Landesverband der Provinz Lübeck zu den Kosten einer Landeschauffee von Nüchel—Bahnhof Benz—Malkwitz—Siebersdorf.

Der Ausschuß beantragt:

Annahme der Anlage 6.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort wird nicht gewünscht. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir stimmen ab, und bitte ich die Herren, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Es folgt der 3. Gegenstand:

Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage des Direktoriums, betreffend Abänderung des Gesetzes für das Fürstentum Lübeck vom 24. März 1911, betreffend Unterstützung der Hebammen. 1. Lesung. (Anlage 7.)

Der Ausschuß stellt den Antrag:

Die Landesversammlung wolle beschließen, in den §§ 2 und 3 des Gesetzes, betreffend Unterstützung der Hebammen vom 24. März 1911, werden die Zahlen „300“ M. und „400“ M. durch „600“ M.

und „800“ M. ersetzt. Diese Aenderung tritt mit dem 1. Januar 1919 in Kraft.

Ich eröffne die Beratung und gebe dem Herrn Berichterstatter Abg. Fick das Wort.

Abg. Fick: Ich habe meinem Bericht nichts hinzuzufügen. Ich möchte von hier aus nur die Bitte an das Direktorium richten, daß diese Unterstützungsberechtigten nicht erst am Schlusse des Quartals diese Unterstützung beziehen, wie es bisher immer von der Regierung gehandhabt worden ist, daß viertel- oder halbjährlich ausbezahlt worden ist, sondern daß die Regierung in Gütin angewiesen wird, diese Unterstützung schon am Anfang des Quartals jedes Vierteljahrs den Berechtigten zukommen lassen zu wollen.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter verlangt? Dann kommen wir zur Abstimmung, und bitte ich die Herren, die den Antrag des Ausschusses, wie ich ihn verlesen habe, annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen. Anträge zur zweiten Lesung bitte ich bis morgen früh 10 Uhr einzureichen.

Es folgt der 4. Gegenstand:

Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage des Direktoriums, betreffend Gehaltsaufbesserung der Beamten des gemeinsamen Landgerichts in Lübeck. (Anlage 8.)

Der Ausschuß stellt den Antrag:

Die Landesversammlung wolle das Direktorium ermächtigen, der nach Vorstehendem in Lübeck beschlossenen Gehaltsaufbesserung der Beamten des gemeinsamen Landgerichts in Lübeck zuzustimmen.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort wird nicht gewünscht. Wir stimmen ab, und bitte ich die Herren, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Folgt sodann der 5. Gegenstand:

Bericht des Finanzausschusses zu Anlage 9, betreffend Volkswehren.

Der Ausschuß stellt den Antrag:

Die verfassunggebende Landesversammlung wolle beschließen: Die Kosten, die durch Dienstbeschädigungen von Mitgliedern der Volkswehren bei Ausübung des Sicherheitsdienstes entstehen, werden auf die Staatskasse übernommen.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort wird nicht gewünscht. Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir stimmen ab, und bitte ich die Herren, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Dann kommt der 6. Gegenstand:

Bericht des Finanzausschusses über den Antrag des Direktoriums wegen Aenderung der Besoldungsordnung unter Nr. 45, 46, 212, 248 und 249, betreffend Anstellung von 7 weiteren Aktuaren und 6 Aktuargehilfen. (Anlage 10.)

Der Antrag des Ausschusses lautet:

In der Besoldungsordnung werden geändert: Zu Nr. 45 die Ziffer 31 in 39, zu Nr. 46 die Ziffer

15 in 17, zu Nr. 212 die Ziffer 3 in 4, zu Nr. 248 die Ziffer 6 in 7 und zu Nr. 249 die Ziffer 3 in 4.

Zu diesem Antrag des Ausschusses ist ein genügend unterstützter Verbesserungsantrag des Herrn Abg. Ehlermann eingegangen, folgenden Wortlauts:

In der Besoldungsordnung werden geändert:

zu Nr. 45 die Ziffer 31 in 41,
zu Nr. 211 " " 5 in 6,
zu Nr. 248 " " 6 in 8.

Ich eröffne die Beratung und stelle diesen Verbesserungsantrag des Herrn Abg. Ehlermann gleichzeitig mit zur Beratung. Herr Abg. Ehlermann hat das Wort.

Abg. Ehlermann: M. H.! Mein Antrag weicht von dem Antrag des Ausschusses insofern ab, als der Ausschuß beantragt hat, 13 neue Stellen, und zwar 9 Aktuarstellen und 4 Aktuargehilfenstellen, zu schaffen. Mein Antrag geht dahin, auch 13 neue Stellen zu schaffen, aber 13 Aktuarstellen und keine Aktuargehilfenstellen. Es ist ja sowohl in der Vorlage vom Direktorium, als auch vom Ausschuß anerkannt worden, daß die Verhältnisse dieser Beamtenklasse ganz außerordentlich ungünstige sind und daß etwas getan werden muß zur Besserung. Das beabsichtigt auch der Ausschuß. Der Ausschuß sagt aber selbst in seinem Bericht, daß durch die Schaffung dieser 13 neuen Stellen eine Gleichstellung mit den mittleren Verwaltungsbeamten noch nicht ganz erreicht wird. Nun weswegen ich den Antrag vor allen Dingen stelle, ist das, weil ich der Ueberzeugung bin, daß man die ganze Stellung der Aktuargehilfen abschaffen muß. Ich bin mir natürlich darüber klar, daß das mit diesem Antrag jetzt im Augenblick nicht geht. Aber ich möchte doch, daß der erste Schritt dazu getan wird. Es entspricht das einem sehr langjährigen Wunsche dieser Beamtenklasse, die diesen Wunsch immer wieder zum Ausdruck gebracht hat, aber leider bisher ohne Erfolg. Das ganze Institut der Aktuargehilfen ist historisch entstanden und hatte erst die Bedeutung, wie der Name sagt: Es wurden den Aktuaren zu Anfang Gehilfen beigegeben, die die Gehilfen des Aktuars waren, nach dessen Anweisung zu arbeiten hatten. Das ist aber jetzt vollständig anders. Ein sachlicher Unterschied zwischen Aktuaren und Aktuargehilfen besteht überhaupt nicht, kein einziger. Sondern der Aktuargehilfe nimmt genau dasselbe Ressort wahr, wie ein Aktuar. Es kommt sehr häufig vor, daß ein Ressort, was heute von einem Aktuar wahrgenommen ist, morgen von einem Aktuargehilfen wahrgenommen wird, und umgekehrt. Also es sind vollständig getrennte Ressorts. Da empfindet es diese Beamtenklasse selbstverständlich als unwürdig, wenn sie in verhältnismäßig sehr hohem Alter diese Stellung als Aktuargehilfe hat. M. H.! Es sind zum größten Teil vierzigjährige Herren, die diesen Posten als Aktuargehilfe haben, der etwas ausdrückt, was tatsächlich der Sache in gar keiner Weise entspricht. Das empfinden die Herren als unwürdig. Und mit Recht muß man sagen, das ist auch unwürdig. Dem läßt sich natürlich einfach abhelfen schon durch eine Aenderung dieser Bezeichnung. Das ist von den Herren wiederholt beantragt, aber bisher ohne jeden Erfolg. Das wird bei einer neuen Besoldungsordnung ganz zweifellos geändert werden müssen.

Was man aber jetzt schon machen kann, ist, daß man keine neuen Aktuargehilfen mehr schafft. Und deswegen habe ich diesen Antrag gestellt. Finanziell spielt die Frage hier überhaupt gar keine Rolle. Man könnte ja einfach Aktuare schaffen und die Gehaltsverhältnisse könnten vollständig dieselben bleiben. Der Aktuargehilfe bezieht ein Gehalt von 2100 bis 3200 M und der Aktuar von 2500 bis 4200 M. Theoretisch kann es also vorkommen, daß der Gehilfe mehr Gehalt hat, als der Aktuar. Man könnte also überhaupt alle zu Aktuaren machen und trotzdem das Gehalt lassen von 2100 bis 4200. Man könnte auch Aktuare erster und zweiter Klasse machen. Wie das geschehen soll, das kann man ja dahingestellt sein lassen. Aber was man jetzt schon machen kann, ist, daß man diese 13 neuen Stellen als Aktuarstellen bewilligt. Auch das spielt finanziell eine so unerhebliche Rolle, denn diese gesamten 13 Aktuargehilfen, die jetzt an der Reihe sind, beziehen schon alle ein höheres Gehalt als das Anfangsgehalt des Aktuars. Also in der Beziehung spielt das gar keine Rolle. Die einzige Rolle, die es spielt, ist, daß auch vier Anwärter mehr Aktuargehilfen werden. Man hilft also durch diese Maßnahme der doppelten Zahl von Menschen. Es werden vier Aktuargehilfen mehr zum Aktuar befördert, und dafür werden vier Anwärter mehr zum Aktuargehilfen aufrücken. Die finanzielle Belastung ist so außerordentlich gering, daß man sie überhaupt nicht spürt. Und in der heutigen Zeit, wo die Beamten am schlechtesten daran sind — und es handelt sich hier um eine besonders ungünstig stehende Beamtenklasse, die immer gegen die Beamten bei der Verwaltung und der Eisenbahn zurückgefallen hat und noch zurücksteht — in dieser Zeit, wo man darüber sich klar sein muß, daß man den Beamten unmöglich in der Weise helfen kann, daß man sie so stellt, daß sie finanziell in demselben Verhältnis wieder stehen, wie sie vor dem Kriege zu anderen Berufsclassen standen — das ist eine Unmöglichkeit — in dieser Zeit sollte man umsomehr den Beamten helfen auf Gebieten, wo eine finanzielle Belastung nicht stattfindet und die den Ehrenpunkt bei den Beamten berühren — und das tut diese Bezeichnung wirklich. Es ist seit langen Jahren eine tiefgreifende Verstimmung, daß diese vierzigjährigen Männer immer noch als Gehilfen herumlaufen — da sollte man diese Aenderung vornehmen und den Wünschen nachkommen. Ich habe den Verbesserungsantrag in der Weise formuliert, daß ich in den Positionen für die Aktuare die Zahlen geändert und in den Positionen, wo die Aktuargehilfenstellen benannt sind, die Zahlen so gelassen habe. Ich bitte Sie sehr, diesen Antrag anzunehmen.

Präsident: Herr Minister Graepel hat das Wort.

Minister Graepel: M. H.! Ich finde, daß der Antrag und die Begründung nicht recht zu einander passen. Hier handelt es sich darum, eine Anzahl neue Stellen zu schaffen. Der Antrag sowohl des Direktoriums als auch der des Ausschusses schließen sich an die bestehende Besoldungsordnung an. Es wird also dem sachlichen Bedürfnis, das im wesentlichen darauf hinausläuft, einer nennenswerten Zahl Zivilstaatsdienerstellen zu verschaffen, durch den Antrag des Ausschusses entsprochen. Was nun angestrebt wird, daß die Stellen sämtlich als Aktuarstellen bewilligt werden,

wird im wesentlichen begründet dadurch, daß das Bestreben des Antragstellers dahin geht, die Gehilfenstellen zu beseitigen, in erster Linie die ganze Stufe der Aktuargehilfen, in zweiter Linie die Dienstbezeichnung. Das sind nach meiner Meinung Fragen, die wir bei dieser Gelegenheit nicht zu entscheiden haben. (Sehr richtig!) Die Gliederung der mittleren Beamten in mehrere Stufen ist durchgeführt in unserer gesamten Besoldungsordnung. Und sie hat auch ihre guten Gründe. Jedenfalls können wir jetzt nicht prüfen, ob sie beseitigt werden soll, und können deshalb nach meiner Meinung einen Beschluß auch nicht fassen, der darauf begründet ist, daß sie beseitigt wird. Deshalb meine ich, sollte man alle diese Erwägungen zurückstellen, bis wir an der Aufstellung der neuen Besoldungsordnung sind. Dann kann ja sowohl die Gliederung der Klassen als auch die Dienstbezeichnung geprüft und vielleicht im Sinne des Herrn Antragstellers erledigt werden.

Präsident: Herr Abg. Griep hat das Wort.

Abg. **Griep:** M. H.! Zuörderst eine Bemerkung zum Bericht selbst. Mit der Anlage 10 stehen in Zusammenhang eine Eingabe des Vereins der mittleren Verwaltungsbeamten, sowie eine Eingabe des Vereins der mittleren Justizbeamten des Freistaats Oldenburg. Durch den Antrag des Finanzausschusses sind diese Eingaben hinfällig geworden. Ich bitte im Namen des Finanzausschusses, damit einverstanden zu sein, daß als Antrag 2 des Finanzausschusses nachgefügt wird:

Die Eingaben des Vereins der mittleren Justiz- und des Vereins der mittleren Verwaltungsbeamten des Freistaates Oldenburg werden für erledigt erklärt.

Auf die Ausführungen des Herrn Abg. Ehlermann möchte ich erwidern, daß es wohl gar nicht möglich sein wird, das Verhältnis zwischen den mittleren Verwaltungsbeamten und den mittleren Justizbeamten stets gleich zu stellen. Das Bünglein der Wage wird sich immer bald nach der einen, bald nach der anderen Seite stellen. Zudem glaubte der Ausschuß, durch die Schaffung von neun neuen Aktuarstellen und vier neuen Aktuargehilfenstellen den berechtigten Anforderungen Genüge getan zu haben, zumal er in seinem Antrag über den Antrag des Direktoriums noch hinausgegangen ist. Dabei bemerke ich, daß, um eine weitere Gleichstellung der mittleren Justizbeamten mit den Verwaltungsbeamten möglichst herbeizuführen, nachdrücklich im Ausschuß darauf hingewiesen wurde, daß die mittleren Justizbeamten in Zukunft bei den sogenannten gehobenen Stellen mehr berücksichtigt werden. Auch damit wird doch immerhin ein besseres Fortkommenverhältnis für die mittleren Justizbeamten gegeben. Dann wäre es mit dem Verbesserungsantrag Ehlermann besser gewesen, wenn dieser, statt den Verbesserungsantrag zu stellen, zur zweiten Lesung einen Antrag gestellt hätte. Es wäre alsdann dem Finanzausschuß möglich gewesen, über diesen Antrag zur zweiten Lesung zu beraten, was dem Finanzausschuß jetzt nicht möglich ist. Ich bitte Sie, m. H., es bei dem Antrag des Finanzausschusses zu belassen und für diesen zu stimmen.

Präsident: Herr Abg. Lohse hat das Wort.

Abg. **Lohse:** M. H.! Ich möchte in der Sache den Antrag Ehlermann, den ich unterstützt habe, warm befür-

worten. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, auf die grundsätzlichen Erwägungen einzugehen, die eine Aenderung der Dienstbezeichnung in der Besoldungsordnung überhaupt betreffen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß man bei einer Aenderung der Besoldungsordnung, wie sie hier vorgeschlagen wird, nicht an der Stelle den Schnitt machen soll, wo das jetzt geschehen ist. Es handelt sich tatsächlich um Beamte, die das vierzigste Lebensjahr überschritten haben oder sich dem vierzigsten Lebensjahr nähern, die lange Jahre im Dienste sind und bei denen man wirklich wohl fordern kann, daß sie aus der Gehilfenstellung herauskommen und in die Klasse der Aktuare einrücken. Das wird natürlich auch finanziell etwas ausmachen. Schwer fällt es jedenfalls nicht ins Gewicht. Es handelt sich um geringfügige Unterschiede, die Zulagen werden etwas höher, und es wird eine Beförderungszulage früher fällig. Deshalb meine ich, kann man dem Wunsche der Beamten wohl Rechnung tragen und diesem Antrag stattgeben, der darauf hinausläuft, sämtliche 13 Stellen, die gefordert werden, als Aktuarstellen neu zu errichten.

Präsident: Herr Abg. Ehlermann hat das Wort.

Abg. **Ehlermann:** M. H.! Ich möchte noch ein paar Worte zur Begründung meines Antrags sagen. Es ist selbstverständlich, daß es hier jetzt nicht unserm Beschluß unterliegt, ob wir die Dienstbezeichnung beseitigen wollen. Ich habe diese Begründung nur hinzugefügt, um den ersten Schritt auf diesem Wege zu tun, den wir bei dieser Gelegenheit tun können, um dieser Beamtenklasse, der es, wie vom Direktorium und Finanzausschuß anerkannt ist, besonders schlecht geht, um der den guten Willen zu zeigen, deswegen sollte man jetzt keine neuen Aktuargehilfenstellen mehr schaffen.

Es ist dann von Herrn Abg. Griep darauf hingewiesen worden, daß es schwer sein wird, das Verhältnis zwischen Gerichts- und Verwaltungsbeamten immer gleich zu stellen. Aber anerkanntermaßen ist doch bisher das Verhältnis immer so gewesen, daß die Justizbeamten sich ganz erheblich schlechter gestanden haben als die Verwaltungsbeamten. Das hat dazu geführt, daß der Ausschuß vom Ministerium eine Prüfung und eine Vorlage zur Besserung gefordert hat. Und wenn jetzt im Ausschußbericht gesagt ist, daß tatsächlich eine Gleichstellung noch nicht erreicht wird, kann man doch den kleinen Schritt weiter tun und diese vier Gehilfenstellen zu Aktuarstellen machen. Auch dann ist eine Gleichstellung noch nicht erreicht. Und selbst wenn die Justizbeamten auch ein klein wenig voraus kämen, so würde das doch auch nicht schaden. Ich weise dann noch darauf hin, daß es sich bei meinem Antrag lediglich darum handelt, daß ich etwas weiter gehen will als der Antrag des Direktoriums und des Ausschusses. Schon der Antrag des Ausschusses geht über den des Direktoriums hinaus. Das Direktorium wollte nur sechs Aktuar- und sieben Gehilfenstellen schaffen. Und das hat der Ausschuß schon in diese anderen Zahlen geändert.

Ganz recht hat Herr Abg. Griep, daß es wohl richtiger gewesen wäre, den Antrag erst dem Finanzausschusse zur Prüfung zu überweisen. Ich habe erst in letzter Stunde mich eingehend mit dieser Frage befassen können und habe

nicht daran gedacht, daß es sich um eine Gesetzesänderung handelt und infolgedessen eine zweite Lesung stattfindet. Ich ziehe deswegen hier meinen jetzigen Antrag zurück und werde ihn zur zweiten Lesung stellen, damit der Finanzausschuß Gelegenheit hat, ihn erst zu beraten. Ich bitte nur den Finanzausschuß, die Sache möglichst wohlwollend prüfen zu wollen.

Präsident: Herr Abg. Ehlermann hat seinen Verbesserungsantrag zurückgezogen. Das Wort wird nicht weiter verlangt? Dann stimmen wir ab über den Antrag 1 des Ausschusses. Er lautet:

In der Befolgsordnung werden geändert: zu Nr. 45 die Ziffer 31 in 39, zu Nr. 46 die Ziffer 15 in 17, zu Nr. 212 die Ziffer 3 in 4, zu Nr. 248 die Ziffer 6 in 7 und zu Nr. 249 die Ziffer 3 in 4.

Und ferner über den Antrag 2 des Finanzausschusses, wie der Herr Berichterstatter ihn soeben gestellt hat — im Bericht ist er nicht enthalten —, der die Eingaben für erledigt erklären will. Ich bitte die Herren, die diese beiden Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Die Anträge sind angenommen. Anträge zur zweiten Lesung bitte ich bis morgen früh 10 Uhr einzureichen.

Der 7. Gegenstand der Tagesordnung ist ein

Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage des Direktoriums, betreffend die Ermächtigung, daß von der Staatlichen Kreditanstalt weitere 20 000 000 M für die Darlehnsausgabe flüssig gemacht werden. (Anlage 12.)

Der Ausschuß beantragt:

Die Landesversammlung wolle die Ermächtigung erteilen, daß von der Staatlichen Kreditanstalt im ganzen 130 000 000 M durch Aufnahme von Vorschüssen und durch Veräußerung von Schuldverschreibungen flüssig gemacht werden.

Ich eröffne die Beratung über diesen Antrag, schließe sie, da niemand das Wort wünscht. Wir stimmen ab, und bitte ich die Herren, die den Antrag, wie ich ihn soeben verlesen habe, annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Der 8. Gegenstand der Tagesordnung ist ein

Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage des Direktoriums wegen Verstärkung der Gendarmerie. (Anl. 14.)

Der Ausschuß beantragt:

Die verfassunggebende Landesversammlung wolle zur Verstärkung der Gendarmerie durch Hilfskräfte zu § 27 des Voranschlags der Landeskasse der Provinz Oldenburg für 1919 bis 200 000 M nachbewilligen.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort wird nicht gewünscht? Ich schließe die Beratung. Wir stimmen ab, und bitte ich die Herren, die den Antrag des Finanzausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Es folgt der 9. Gegenstand:

Bericht des Finanzausschusses zu der Eingabe des Gemeindevorstehers Vogt-Pansdorf, betreffend eine gesetzliche Regelung der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung

der Bürgermeister der Städte 2. Klasse und der Gemeindevorsteher in der Provinz Lübeck.

Der Antrag des Ausschusses lautet:

Die Landesversammlung wolle beschließen, die Eingabe der Regierung als Material für eine demnächstige Revision der Gemeindeordnung zu überweisen.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort wird nicht gewünscht? Ich schließe die Beratung. Wir stimmen ab, und bitte ich die Herren, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Es folgt sodann der 10. Gegenstand:

Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe des Wirtes Otto Heß in Birkenfeld im Fürstentum Birkenfeld.

Der Antrag des Ausschusses lautet:

Die verfassunggebende Landesversammlung wolle über die Eingabe zur Tagesordnung übergehen.

Ich eröffne die Beratung, schließe sie, wenn das Wort nicht gewünscht wird. Wir stimmen ab, und bitte ich die Herren, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Sodann folgt der 11. Gegenstand:

Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe der Besitzer des Strandhotels „Rurhaus“, verbunden mit einem Erholungsheim in Tossens, betreffend eine Entschädigung.

Der Ausschuß beantragt:

Die verfassunggebende Landesversammlung wolle die Eingabe dem Direktorium als Material überweisen.

Ich eröffne die Beratung und gebe Herrn Abg. Enneking das Wort.

Abg. **Enneking:** M. H.! Es handelt sich hier gewissermaßen um ein Opfer des Krieges. Der Petent hat einige Jahre vor dem Kriege ein großes Kurhotel erbaut mit hohem Kostenaufwande und hat dadurch sehr zur Hebung des Badeverkehrs beigetragen. Durch die unglückliche Lage, daß Tossens in den Festungsbezirk Wilhelmshaven einbezogen wurde, hat das Geschäft 5 Jahre lang geruht. Bei einer solch großen Einrichtung ist es selbstverständlich, daß in ein paar Jahren keine genügenden Ueberschüsse verdient werden konnten, um so eine schwierige Zeit zu überwinden und muß dem Petenten geholfen werden. Durch den unglücklichen Ausgang des Krieges fehlt es allenthalben an den notwendigen Mitteln, aber hier handelt es sich hauptsächlich darum, daß die Kreditanstalt als staatliche Einrichtung beabsichtigt, gegen den Mann vorzugehen und eventuell das Hotel zur Zwangsversteigerung zu bringen. Dieses halte ich für verfrüht. Der Mann kann das Geschäft jetzt wieder aufnehmen und wird sehr wahrscheinlich auch demnächst in der Lage sein, seinen Verpflichtungen nachkommen zu können, wenigstens die laufenden und auch einen Teil der alten Schulden abzutragen. Die Kreditanstalt, als staatliche Einrichtung, muß m. E. mindestens zwei Jahre eine abwartende Stellung einnehmen, da es sich hier um ein Opfer des Krieges handelt.

Präsident: Herr Abg. Tanzen (Heering) hat das Wort.

Abg. Tanzen: M. H.! Ich möchte die Ausführungen des Herrn Abg. Enneking dahin ergänzen, daß augenblicklich ein Antrag an den Gemeinderat und Amtsrat in Butjadingen vorliegt, der sich entscheiden soll, ob er für ein Notstandsdarlehen den Teil der Haftung übernehmen will, damit dann auch der Staat den Rest der Haftung übernimmt für die Summen, die an Zinszahlung und Abtrag der Kreditanstalt gegenüber rückständig sind. Ich hoffe, daß in Tossens und im Amtsrat Butjadingen der Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

Präsident: Wird das Wort noch weiter verlangt? Es ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung. Wir stimmen ab, und bitte ich die Herren, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

Es folgt sodann der 12. Gegenstand:

Bericht des Finanzausschusses über den Antrag des sozialdemokratischen Wahlvereins der Gemeinde Zwischenahn, betreffend sofortige Abtretung des Zwischenahner Sees an die Gemeinde Zwischenahn.

Der Antrag des Ausschusses lautet:

Die Landesversammlung wolle das Gesuch des sozialdemokratischen Wahlvereins der Gemeinde Zwischenahn für erledigt erklären.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag. Das Wort wird nicht gewünscht? Ich schließe sie und bitte die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

Es folgt dann der 13. Gegenstand:

Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abgeordneten Blohm, betreffend Versorgung der Säuglinge mit einwandfreier Milch.

Der selbständige Antrag des Abg. Blohm ist inzwischen geändert und hat nunmehr folgenden Wortlaut:

Ich beantrage, die verfassunggebende Landesversammlung wolle beschließen: Das Direktorium wird ersucht, dahin zu wirken, daß die Versorgung der Säuglinge mit einwandfreier Milch in der Stadt Delmenhorst durchgeführt werden kann.

Der Ausschuss beantragt:

Annahme des selbständigen Antrages des Abgeordneten Blohm.

Ich eröffne die Beratung. Herr Abg. Blohm hat das Wort.

Abg. Blohm: M. H.! Um eine Belieferung der Säuglinge mit einwandfreier Milch einigermaßen zu sichern, habe ich seinerzeit eine Interpellation eingereicht, die lautete:

Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um für die nächste Zukunft die Ernährung der nicht von der Mutter gestillten Säuglinge in den Städten und größeren Orten mit einwandfreier Milch sicher zu stellen?

Auf diese Interpellation hat in der Plenarsitzung vom 9. April der Herr Regierungsvertreter eingehend geantwortet. Er hat vor anderem darauf hingewiesen, daß die direkte Belieferung der Erzeuger an die Verbraucher abgebaut werden müsse und nicht weiter ausgebaut werden dürfe, wie ich das seinerzeit gewünscht hatte, daß andererseits aber dadurch, daß die Molkereien mit besseren Einrichtungen versehen würden, auch die Säuglinge die frische Milch in richtiger Form erhalten können. In welcher Weise das nun aber sichergestellt werden sollte, darüber wurde meines Erachtens nichts gesagt, und so konnte ich mich mit dieser Erklärung des Regierungsvertreters nicht befriedigt erklären und habe infolgedessen den Antrag gestellt:

Das Direktorium wird ersucht, dahin zu wirken, daß die Versorgung der Säuglinge mit einwandfreier Milch in den Städten und größeren Orten der Provinz Oldenburg durchgeführt werden kann.

Infolge meines Antrags wurde ich von dem betreffenden Ausschuss, dem Finanzausschuss, bei der Beratung zugezogen, und ebenfalls wurde auch der Regierungsvertreter gebeten, dort weitere Aufklärung zu geben. Ich hatte mich inzwischen überzeugt, daß die angesäuerte Milch nicht nur in Delmenhorst häufig in Erscheinung getreten ist, sondern auch in anderen Orten, beispielsweise in Oldenburg. Ich habe Rücksprache genommen mit der Oberschwester im Säuglingsheim am Pferdemarktplatz, und die erklärte mir, daß auch dort sich die Milch häufig in angesäuertem Zustand befinde und infolgedessen wenig geeignet sei, den kleinen Kindern verabreicht zu werden. Bis zum 5. Monat hinauf würden die Kinder ernährt mit Milch, die direkt geliefert werde von der Schloßgärtnerei. Diese Milch sei stets in gutem Zustand gewesen und habe außerdem auch den Vorzug, daß sie, wenn es nötig sei, für Kinder, die die frische Milch nicht vertragen können, künstlich zum Gerinnen gebracht werden könne. Das könne bei der Milch, die von der Molkerei geliefert werde, nicht mehr geschehen. Von anderer Seite wurde mir allerdings gesagt, daß in anderen Städten und größeren Orten der Zustand ein befriedigender sei, daß dort tatsächlich frische Milch für Säuglinge und etwas ältere Kinder und Kranke geliefert werde. Infolgedessen habe ich meinen Antrag etwas eingeschränkt und habe mich nur noch bezogen auf die Stadt Delmenhorst. Inzwischen ist dort noch keine Aenderung und Besserung eingetreten. In der vergangenen Woche war wieder an drei Tagen die Vollmilch, die von der Molkerei geliefert wurde, angesäuert. Aber auch in Oldenburg ist das bei der Milch aus der Molkerei von Rüdebush ebenfalls der Fall gewesen. Es ist also noch keine Besserung eingetreten, die ich durch meine Interpellation erreichen wollte. Ich bin der Meinung, daß darauf hingewirkt werden muß, daß die Säuglinge einwandfreie Milch bekommen. Unsere Feinde triumphieren, daß infolge der Minderernährung des deutschen Volkes schließlich die Deutschen ein degeneriertes Geschlecht sein würden. Um so mehr haben wir die Pflicht, darauf hinzuwirken, daß wenigstens die Kinder im zarten Alter richtig ernährt werden können und die Milch erhalten, die für sie gesundheitlich unbedingt erforderlich ist. Ich möchte Sie daher bitten, meinem Antrage zuzustimmen. Er wird in seinen praktischen For-

derungen darauf hinauszzielen, daß die Molkereien, jetzt also die Molkerei Delmenhorst, veranlaßt wird, die angelieferte Milch in Bezug auf ihren Süßigkeits- und Frischeitsgrad zu untersuchen und immer nur die Milch zu verabreichen als Vollmilch, die die frischeste Milch ist. Das kann erreicht werden, und das muß meines Erachtens erreicht werden. Daher bitte ich Sie, den Antrag des Finanzausschusses anzunehmen.

Präsident: Herr Geheimer Oberregierungsrat Willms hat das Wort.

Geh. Oberregierungsrat **Willms:** M. H.! Ich habe bereits im Ausschuß erklärt, daß die Molkereien durchaus in der Lage sind, einwandfreie Milch für die versorgungsberechtigte Bevölkerung, insbesondere also auch für die Säuglinge in der Stadt Delmenhorst, zur Verfügung zu stellen. Richtig ist allerdings, daß die dortige Genossenschaftsmolkerei nicht immer in der Lage gewesen ist, die Milch so abzugeben, wie das hätte der Fall sein müssen. Ich will auf die Ursachen hier nicht weiter eingehen und nur bemerken, daß von der Landesfettstelle die nötigen Schritte getan sind, um die Anstände zu beseitigen, und daß diese Anstände auch bereits größten Teils beseitigt worden sind. Es ist in der Genossenschaftsmolkerei insbesondere ein neuer betriebstechnischer Leiter angestellt worden, der bisher fehlte. Wenn vor einigen Tagen wiederum saure Milch in Delmenhorst ausgegeben worden ist, dann ist das selbstverständlich außerordentlich bedauerlich, aber es ist damit nicht gesagt, daß die Schuld die Molkerei trifft. Ich habe schon im Ausschuß darauf hingewiesen, daß das Verfahren, das die Stadt Delmenhorst bei der Verteilung der Milch beobachtet, recht anfechtbar ist. Es geht nicht an, wenn die Molkereiwagen durch die Straßen hin- und herfahren, dann muß die Milch in heißer Zeit sauer werden. Es kann also nicht ohne weiteres gesagt werden, daß die Molkerei die Schuld trifft. Ich werde aber bei der Geschäftsabteilung der Landesfettstelle diesen Punkt noch weiter aufklären und kann dem Herrn Interpellanten nur die Versicherung geben, daß wir von der Landesfettstelle aus uns die größte Mühe geben werden, namentlich in Delmenhorst die Verhältnisse so zu gestalten, daß die Klagen verstummen.

Präsident: Herr Abg. König hat das Wort.

Abg. **König:** M. H.! Den Molkereien allein die Schuld zu geben, geht wohl nicht gut an. Wenn jetzt die Milch leicht sauer wird, so liegt das daran, daß in der Kriegszeit die Milch leichter der Umsezung unterliegt, als in Friedenszeiten, weil die Ernährung der Milchkühe eine ungenügende ist, es fehlt Kraftfutter. Die Fütterungsverhältnisse sind anders, und dadurch wird die Zusammensetzung der Milch eine ganz andere. Sie können das besonders bemerken beim Fettgehalt der Milch. Tiere, bei denen die Milch sonst einen Fettgehalt von 3 Prozent hatte, geben jetzt eine Milch mit einem Fettgehalt von nur 1,4 Prozent, sogar noch darunter. Sie können denken, wenn der Fettgehalt der Milch so abnimmt, daß dann auch die ganze Zusammensetzung der Milch eine andere wird, sowohl was den Kaseingehalt als auch den Zuckergehalt und den Salzgehalt der Milch anbetrifft. Es ist ja selbstredend, daß für Kinder die Milch von derselben Kuh das Richtige

ist. Und meiner Ansicht nach hätte auch dafür gesorgt werden müssen, daß auch in der Kriegszeit, wenigstens für die Säuglinge, eine einwandfreie Milch geliefert werden konnte. Es ist von größter Wichtigkeit, dafür Sorge zu tragen, daß die Kindersterblichkeit abnimmt und daß besonders die Säuglinge eine einwandfreie Milch bekommen. Es liegt mehr daran, das Leben dieser Kinder zu erhalten, als wenn wir Erwachsene ein Pfund Butter mehr bekommen. Es ist höchste Zeit, dafür zu sorgen, daß von nun an wenigstens eine einwandfreie Milch den Kindern zugeführt werden kann.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter verlangt? Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung, und bitte ich die Herren, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Es folgt dann der Punkt 13a:

Bericht des Eisenbahnausschusses über die Eingabe des Arbeiterrats, des deutschen Metallarbeiterverbandes und des sozialdemokratischen Vereins in Elsfleth, betreffend

1. Anerkennung der Stadt Elsfleth und der Bororte Lienen, Oberrege und Deichstücken als Industrieorte,
2. Gleichstellung der Stadt Elsfleth und der genannten Bororte in die nächste Versorgungsstufe wie die Nachbarstadt Brake.

Der Gegenstand war von der letzten Tagesordnung abgesetzt und sollte zusammen mit der Eingabe der vier anderen Vereine in Elsfleth zur Beratung kommen. Der Antrag des Ausschusses lautet:

Die Eingabe der Regierung zur Prüfung zu überweisen.

Ich eröffne die Beratung und gebe dem Herrn Amtshauptmann Cassebohm das Wort.

Amtshauptmann **Cassebohm:** M. H.! Der Antrag betrifft zwei Punkte. Der erste Punkt ist die Differenzierung zwischen Industrieorten und anderen Bezirken. Oldenburg hat sich gegen die Differenzierung zwischen Industrieorten und anderen Bezirken ausgesprochen und auf die Bedenken hingewiesen und auf die Mißstimmungen, die dadurch entstehen. Oldenburg ist aber vom Reich gezwungen worden, die Sache mitzumachen. Was den Antrag betrifft, so ist er dadurch erledigt, daß für Elsfleth und Bororte nach der neuen Zählung, die festgestellt hat, daß dieselben augenblicklich zu den Industrieorten zu rechnen sind, die Fleischration auf 200 Gramm erhöht wird.

Was den zweiten Punkt betrifft, so handelt es sich darum, daß Elsfleth mit Brake gleichgestellt in der Nährmittelbelieferung werden soll, das heißt also eine Aenderung des Verteilungsschlüssels vorgenommen werden soll. Eine Revision des Verteilungsschlüssels ist seit langem beabsichtigt. Sie war beabsichtigt auf Grund der Volkszählung von 1918. Aber aus bekannten Gründen ist die Volkszählung ausgefallen. Wir haben jetzt eine Fortschreibung der Bevölkerung vom 1. März 1919. Eine Revision des Verteilungsschlüssels ist in Ausarbeitung und unterliegt jetzt der Prüfung. M. H.! Ich habe mehrere Jahre das Amt gehabt, die Lebensmittel zu verteilen. Das ist ein

sehr undankbares Geschäft. Es allen recht zu machen, ist ausgeschlossen. Es ist nicht möglich, sich darauf zu verlassen, was der einzelne Bezirk schreit. Denn wer am meisten schreit, hat nicht immer das meiste Recht. Man kann seinen Verteilungsschlüssel nur aufbauen auf Grundlagen, die sich kontrollieren lassen. Das System hat sich im Reich und auch in Oldenburg bewährt. Ich will nicht behaupten, daß das jetzige System das beste wäre, was man finden könnte. Und wenn ein anderes, besseres System gefunden werden könnte, sollte man es akzeptieren. Im Ausschußbericht ist weiter nichts gesagt, als die Bemerkung, es sei zu verstehen, daß die ungleiche Verteilung der wenigen Nährmittel Erbitterung besonders unter den minderbemittelten Einwohnern hervorrufe. M. H.! Wenn darunter zu verstehen ist, daß der Ausschuß den Standpunkt vertritt, daß die Verteilung einfach nach der Bevölkerungszahl vorgenommen werden soll, so würde das eine gewaltige Bevorzugung der ländlichen Bezirke bedeuten gegenüber den städtischen. Im Ausschuß ist hervorgehoben, daß die Ernährungsverhältnisse der Nichtselbstversorger auf dem Lande nicht besser seien als in der Stadt und daß es insofern richtig wäre, daß die Nichtselbstversorger in Stadt und Land gleichgestellt würden. Das ist ein Grundsatz, der sich ja hören läßt. Er würde natürlich seine Konsequenzen haben, z. B. daß die bevorzugte Belieferung Rüstungen wegfallen muß. Ob das angängig ist, muß ja der Prüfung unterliegen. Außerdem ist die schwierige Frage, wer als Nichtselbstversorger, wer als Selbstversorger anzusehen ist. Es gibt Selbstversorger mit Fleisch, Brot, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und allem Möglichen. Es ist selbstverständlich, daß diejenigen, die in ihrer eigenen Wirtschaft ihre Nährmittel u. produzieren, von der Belieferung ausgeschlossen werden müssen. Es wird geprüft werden, ob es zweckmäßig ist, den Schlüssel so aufzustellen, daß man die Selbstversorger mit Brot oder mit Fett als ländliche Bevölkerung ansieht und bei der Verteilung der Kommunalverbände von der Belieferung als ausgeschlossen annimmt. Es wäre an sich sehr erwünscht, wenn durch die heutige Debatte darüber Klarheit geschaffen würde, was man für zweckmäßig erachtet, damit man dies für die Prüfung des Verteilungsschlüssels verwerten könnte.

Präsident: Herr Abg. Schröder hat das Wort.

Abg. **Schröder:** Der Herr Regierungsbevollmächtigte kommt zuletzt auf den Verteilungsschlüssel zu sprechen. Ihm ist bekannt, daß ich schon im vorigen Jahre im Auftrage der Stadt Elsfleth beim Direktorium vorstellig geworden bin, die Stadt Elsfleth anders zu beliefern. Ich möchte deshalb die Frage aufwerfen: Wer setzt den Schlüssel fest? Es gibt einen Reichsschlüssel, es gibt einen Landesschlüssel. Ist bei der Verteilung der Reichsschlüssel oder der Landesschlüssel maßgebend? Kommt der Reichsschlüssel in Frage, dann können wir natürlich nichts machen. Kommt dagegen der Landesschlüssel in Frage, dann möchte ich an dem Schlüssel etwas zu feilen versuchen. Es ist gesagt worden, es werde nach der Zahl der Selbstversorger verteilt. Die Zahl der Selbstversorger beträgt beispielsweise im Amt Brake 25 Prozent, im Amt Elsfleth 52 Prozent. Der Wunsch der Elsfl ether geht nun dahin, mit Brake gleich-

gestellt zu werden. Folgt man der blinden Zahl „Brake 25 Prozent, Elsfleth 52 Prozent“, dann ist die Verteilung richtig. Ich glaube aber, sie enthält trotzdem einen großen Fehler. Im Amt Brake wohnen etwa 20 000 Menschen. Davon 25 Prozent ergibt etwa 5 000 Produzenten. Diese 5 000 Produzenten stehen gegenüber den 52 Prozent des Amtes Elsfleth, das heißt aber etwa 6 000 Produzenten des Amtes Elsfleth. Demnach überwiegt zahlenmäßig das Amt Elsfleth auch noch als Selbstversorger etwas gegenüber dem Amt Brake. Stelle ich die Anbaufläche der Kemter einander gegenüber, dann ist das Verhältnis stark umgekehrt. Denn die Anbaufläche für Brotgetreide ist im Amt Brake viel größer als im Amt Elsfleth. Die große Fläche der Gemeinde Strückhausen und die der Gemeinde Hammelwarden dominiert, soweit Brotgetreide in Frage kommt, ganz sicher gegenüber den Gemeinden des Amtes Elsfleth. Das Amt Elsfleth hat wohl eine verhältnismäßig große Zahl von Produzenten, aber recht wenig Produzenten, die von dem, was sie haben, noch ein bedeutendes Quantum abgeben können. Also ist festzustellen, daß das Amt Elsfleth viele Selbstversorger hat und doch wenig Brotgetreide produzieren kann. Aus dieser großen Zahl der Selbstversorger wird jetzt das Recht abgeleitet, das Amt als landwirtschaftliches — im Gegensatz zum industriellen — zu behandeln. Den Schaden haben die Nichtselbstversorger, die das Unglück haben, in einem solchen Amtsbezirk zu wohnen. Deshalb ist es meines Erachtens nötig, daß man nicht allein nach der Zahl der Selbstversorger den Schlüssel aufstellt, sondern auch prüft, wie die Produktion der Selbstversorger im ganzen aussieht und man Rücksicht nimmt auf die landwirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Amtes, also auf Anbaufläche von Brotgetreide.

Präsident: Herr Amtshauptmann Cassebohm hat das Wort.

Amtshauptmann **Cassebohm:** M. H.! Die Anbaufläche mit Brotgetreide hat mit dem Verteilungsschlüssel nichts zu tun. Maßgebend ist die Zahl der in selbstversorgenden Haushaltungen verpflegten Personen. Brake und Butjadingen sind die Bezirke, die am wenigsten Brotselbstversorger haben. Ich habe den Prozentsatz nach der neuesten Zählung am 1. März festgestellt. Da sind es in Brake 7,5 Prozent, in Elsfleth 28,1 Prozent der Bevölkerung. Ob der Selbstversorger 100 ha bewirtschaftet oder 10, ist dabei ganz gleichgültig. Die Anbaufläche spielt gar keine Rolle. Deshalb fällt meines Erachtens die Voraussetzung, die Herr Abg. Schröder für die Beanstandung des Schlüssels gegeben hat.

Präsident: Herr Abg. Heitmann hat das Wort.

Abg. **Heitmann:** In der ländlichen Bevölkerung, die nicht Selbstversorger sind, wird darüber geklagt, daß sie bei der Zuteilung von Lebensmitteln zu gering bedacht werden. Ich möchte bitten, dahin zu wirken, daß von den Kemtern, die die Lebensmittelverteilung zu regeln haben, Maßnahmen getroffen werden, die Nichtselbstversorger in der Zuweisung von Lebensmitteln besser zu bedenken.

Präsident: Herr Abg. Schröder hat das Wort.

Abg. **Schröder:** Zwei Worte zu den Äußerungen



des Herrn Regierungsbevollmächtigten. Er sagt, die Anbaufläche komme nicht in Betracht. Wenn der Standpunkt richtig ist, so haben den Nachteil die Nichtselbstversorger.

Präsident: Herr Abg. Denis hat das Wort.

Abg. Denis: Ich möchte die Ausführungen des Herrn Abg. Heitmann sehr unterstützen. Es ist unbestreitbar richtig, daß die Nichtselbstversorger in den kleinen Städten, wenn sie ihre Lebensmittelbezüge auf legalem Wege erlangen wollen, schlechter gestellt sind, als in den größeren Städten. Früher mag der Verteilungsplan richtig gewesen sein, heute aber ist er nicht mehr richtig. Grieß, Graupen und dergleichen Sachen werden so gut wie garnicht verteilt. Denke man sich nur, ein Beamter wird aus Rüstingen nach Wechta versetzt. In Rüstingen hat er weit höhere Bezüge als in Wechta. Hamstern soll er nicht, verträgt sich auch vielleicht mit seiner Stellung nicht. Aber m. H. da liegt doch die Tatsache vor, daß er weit schlechter gestellt ist als in der Stadt. Es hat ja einen Vorzug, auf dem Lande zu sein, an der Quelle der Produktion. Aber wenn man in dieser Weise so schlecht beliefert wird auf dem Lande und nicht selbst etwas erzeugen kann, so muß ich doch sagen, daß der Verteilungsschlüssel einer Prüfung unterzogen werden muß.

Präsident: Herr Minister Scheer hat das Wort.

Minister Scheer: M. H.! Der Landesverteilungsschlüssel ist nur maßgebend für die Verteilung der uns vom Reich überwiesenen Nahrungsmittel auf die weiteren Kommunalverbände. Die Unterverteilung auf die einzelnen Empfangsberechtigten ist Sache der Gemeinde. Die Regierung hat wiederholt die Ämter und die Stadtmagistrate darauf hingewiesen, daß es ihre Pflicht sei, dafür zu sorgen, daß im allgemeinen bei der Verteilung nur die Versorgungsberechtigten und nicht die Selbstversorger berücksichtigt werden. Es ist Sache der weiteren Kommunalverbände, durch Einführung eines Kartensystems dafür zu sorgen, daß die Waren denjenigen zukommen, die ihrer am meisten bedürftig sind.

Präsident: Herr Abg. Jordan hat das Wort.

Abg. Jordan: M. H.! Auch dieser Landesverteilungsschlüssel bedarf nach meiner Auffassung dringend der Abänderung. Er ist entstanden unter Einwirkungen, wie sie während der Kriegszeit sich geltend machten. Das geht schon daraus hervor, daß man auf die Bezirke, wo die Kriegsindustrie tätig war, besonders Rücksicht genommen hat. Außer besonderen Zuweisungen an derartige Kommunen ist auch der Verteilungsschlüssel so eingerichtet worden, daß diejenigen, die in der Kriegsindustrie tätig waren, mehr Lebensmittel zugewiesen erhielten. Diese Bevorzugung ist jetzt nach Beendigung des Krieges zu Unrecht bestehen geblieben und es ist garnicht Rücksicht genommen auf Industriestädte, auf reine Industrieorte und auf die Bevölkerung, die mehr in der Industrie beschäftigt ist. Am schlechtesten kommen zweifellos diejenigen Industriearbeiter weg, die in den Landgemeinden wohnen, z. B. der Gemeinde Hasbergen. Dort wohnen eine ganze Reihe Fabrikarbeiter, die in Delmenhorst beschäftigt sind, die aber nur nach den Grundsätzen beliefert werden, die für das Amt Delmenhorst gelten.

Aber auch die Bewohner von Delmenhorst kommen gegenüber Rüstingen und Oldenburg erheblich schlechter weg. Während Oldenburg 10% erhält, erhält Delmenhorst 7,15%, Rüstingen 25%. Es müßte hier eine Aenderung vorgenommen werden und zwar in der Weise, daß gleichmäßiger verteilt wird, als es bisher der Fall gewesen ist. Es mag schwierig sein, überall das Richtige zu treffen, und ich bin der Ueberzeugung, daß auch der neue Schlüssel, der geschaffen werden soll, die Wünsche nicht alle befriedigen wird. Aber krasse Mißstände, wie sie heute bestehen, bedürfen der Beseitigung.

Präsident: Herr Abg. Bäuerle hat das Wort.

Abg. Bäuerle: M. H.! Ich möchte den Eindruck hier verweisen, der durch die gehörten Ausführungen hervorgerufen werden könnte, daß wir von Rüstingen ganz besonders im Fett schwimmen. Wir Rüstinger sehen wahrlich nicht danach aus! Was in den Petitionen fortgesetzt zum Ausdruck kommt ist das, daß die Arbeiter und Beamten, die in der Rüstungsindustrie beschäftigt sind und um Rüstingen herum in Fedderwarden, Fever usw. wohnen, bei der Zuteilung der Lebensmittel scheinbar zu kurz kommen und soweit man die Schilderungen der Beschwerdeführer hört, kommt man ebenfalls zu der Auffassung, daß tatsächlich diese in den ländlichen Gegenden wohnenden Arbeiter und Beamten, die nicht Selbstversorger sind, sehr schlecht dabei wegkommen! Der Herr Minister hat gesagt, daß die Unterverteilung den einzelnen Orten und Ämtern überlassen ist (da scheint mir der Hase im Pfeffer zu liegen). Diese Unterverteiler gehören meistens zu den Selbstversorgern und bringen der ganzen Angelegenheit deshalb nicht das genügende Interesse entgegen! Dieser Ansicht wird auch von den in Frage kommenden Kreisen, mit denen ich täglich zusammenkomme, Ausdruck gegeben und man findet das auch bestätigt, wenn man vergleicht, was in den Städten zur Verteilung kommt mit dem, was in ländlichen Orten gegeben wird! Die Bürgermeister und Gemeindevorsteher der Städte und Orte, die ebenfalls Nichtselbstversorger sind, treten für ihre Versorgungsberechtigten wesentlich besser ein. Das ist der ganze Kern der Petitionen. Wir wissen sehr wohl, daß die Regierung sich in einer äußerst schwierigen Lage befindet und daß man den Ausdruck: „Wie man es macht ist es verkehrt“ immer wieder hören wird. Das kann uns aber nicht hindern, diese Petitionen, die einen durchaus berechtigten Grund haben, zu prüfen und darnach zu trachten, daß die berechtigten Beschwerden beseitigt werden. Die Arbeiter, die in den Städten beschäftigt sind und auf dem Lande wohnen und weiter nichts haben, für diese muß tatsächlich besser gesorgt werden, daß aber wir in Rüstingen auch noch eine Besserung vertragen können, das m. H. kann ich Ihnen ganz bestimmt versichern. Wir möchten aber diese Besserung der ländlichen Nichtselbstversorger nicht auf Kosten der Rüstinger Einwohner herbeigeführt wissen, davor möchte ich besonders warnen.

Präsident: Herr Amtshauptmann Cassebohm hat das Wort.

Amtshauptmann Cassebohm: Der Herr Abg. Jordan befindet sich im Irrtum, wenn er sagt, die Stadt Delmenhorst würde schlechter beliefert als Oldenburg. Das

ist nicht der Fall. Wenn Oldenburg 10,35 Anteile erhält und Delmenhorst 7,15, so liegt das daran, weil Oldenburg ungefähr 50% mehr Einwohner hat. Oldenburg hat 30 000 und Delmenhorst 22 000. Je mehr Einwohner, desto größer ist auch der Anteil an der Belieferung. Aber die beiden Städte werden nach derselben Belieferungsklasse beliefert.

Präsident: Herr Abg. Seidenberg hat das Wort.

Abg. Seidenberg: M. H.! Es steht ohne weiteres fest, daß der bisherige Verteilungsschlüssel eine ganze Unmenge Ungerechtigkeiten in sich birgt. Wer heute das Unglück hat, auf dem Land als Arbeiter leben zu müssen, der kann direkt am Hungertuche nagen. Unsere Arbeiter auf dem Lande müssen die Erfahrung machen, daß unsere Landleute ihre Schleichhandelswaren viel lieber an die auswärtigen Städter verkaufen als an die eingewiesenen Arbeiter. Es gibt hier nur einen Grundsatz, der diesem System mit einem Schlage ein Ende macht. Der heißt das System der Gleichberechtigung. Wer eben nicht Selbstversorger ist, hat Anspruch auf gleiche Versorgung, möge er nun auf dem Lande oder in der Stadt wohnen. Selbstverständlich muß bei diesem System Rücksicht darauf genommen werden, in welcher Richtung er nicht Selbstversorger oder in welcher Richtung er Selbstversorger ist.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter verlangt? Ich schließe die Beratung. Wir stimmen ab. Der Antrag des Ausschusses lautet:

Die Eingabe der Regierung zur Prüfung zu überweisen.

Ich bitte die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Folgt dann der 14. Gegenstand:

Bericht des Eisenbahnausschusses über die Eingabe der deutschen demokratischen Partei, Ortsgruppe Elsfleth, der deutschen Volkspartei, Hauptgruppe Elsfleth, und des Vaterländischen Frauenvereins und Bürgervereins daselbst, betreffend Gleichstellung der Stadt Elsfleth mit der Nachbarstadt Brake.

Der Ausschuß stellt den Antrag:

Die verfassunggebende Landesversammlung wolle beschließen, die Eingabe durch die gleichlautende Eingabe des sozialdemokratischen Vereins Elsfleth für erledigt zu erklären.

Ich eröffne die Beratung und gebe Herrn Abg. Lohse das Wort.

Abg. Lohse: Es ist wohl nicht richtig, zu beschließen, daß diese Eingabe durch die andere Eingabe für erledigt erklärt wird, sondern durch die Beschlußfassung zu der Eingabe.

Präsident: Der Landtag wird mit dieser Berichtigung einverstanden sein. Ich bitte die Herren, die den Antrag des Ausschusses, wie er soeben berichtet worden ist, annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Es folgt dann der 15. Gegenstand:

Bericht des Eisenbahnausschusses über die Eingabe des Volksrats Fedderwarden, betreffend Ernährung und Bekleidung der Industriebevölkerung von Fedderwarden.

Der Antrag des Ausschusses lautet:

Die Eingabe der Regierung zur Prüfung zu überweisen.

Ich eröffne die Beratung. Herr Amtshauptmann Caffeböhm hat das Wort.

Amtshauptmann Caffeböhm: In dem Ausschußbericht ist meines Erachtens ein Irrtum enthalten. Er geht davon aus, daß Fedderwarden nach der allgemeinen Verteilung nur die Hälfte von dem erhält wie Rüstingen. Das ist nicht richtig. Bei der Unterverteilung im Amt Zeber — das Amt Zeber bekommt allerdings die Hälfte pro Kopf wie Rüstingen — werden die Industriegemeinden vorab beliefert, und Fedderwarden erhält einen Zuschlag von 90 Prozent. Es wird also bei der allgemeinen Verteilung, die vom Direktorium vorgenommen wird, Fedderwarden annähernd dasselbe bekommen wie Rüstingen. Daß die Belieferung eine unterschiedliche ist, ist mir bekannt. Rüstingen hat versucht, seine Versorgung in großem Umfang zu verbessern und ist von der Marine in großem Umfang dabei unterstützt worden. Der Antrag ist meines Erachtens nicht durchführbar. Träger der ganzen Nahrungsmittelversorgung ist der Kommunalverband. Dieser ist auch der finanzielle Träger. Die Regierung ist gar nicht imstande, ohne Zustimmung des Kommunalverbandes, hier Rüstingen, ihm einen Teil eines anderen Kommunalverbandes zuzuweisen. Rüstingen ist jetzt gefragt worden auf Grund dieser Eingabe, ob es Fedderwarden übernehmen will. Es muß aber von dem Entschluß Rüstingens abhängen, ob man dieser Eingabe Folge leisten kann.

Präsident: Wird das Wort noch weiter verlangt? Es ist nicht der Fall. Ich schließe die Beratung. Wir stimmen ab über den Antrag: „die Eingabe der Regierung zur Prüfung zu überweisen.“ Ich bitte die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Es folgt sodann der 16. Gegenstand:

Interpellation des Abg. Adolf Schmidt wegen der Ueberschreitung der Ferkelhöchstpreise.

Ich gebe das Wort zur Begründung der Interpellation dem Herrn Abg. Schmidt.

Abg. Schmidt (Bochhornersfeld): M. H.! Als wir zuletzt über die Höchstpreise der Eier gesprochen haben, hat der Herr Minister erklärt, daß eine Höchstpreisfestsetzung ohne Zwangsbewirtschaftung ohne Erfolg sein würde. Das selbe haben wir jetzt auch wieder bei den Höchstpreisen für Ferkel gesehen. Wir haben die Höchstpreise seit dem 1. April. Heute liegt die Sache tatsächlich so, daß für den Höchstpreis auf dem Lande keine Ferkel mehr verkauft werden. Auch auf den Märkten in der Stadt kann man sehen, daß die Ferkel nicht mehr zu treffen sind. Wenn die Regierung dazu übergegangen ist, einen Höchstpreis für Ferkel festzusetzen, dann müssen wir auch die Zwangs-

bewirtschaftung hinzunehmen. In der Provinz Birkenfeld hat man schon diesen Schritt unternommen. Man hat dort einfach auf Grund der Viehkataster festgestellt, wie viel Zuchtschweine dort sind. Man hat eine Zahl festgesetzt, 5 Ferkel pro Schwein müssen abgeliefert werden an den Amtsverband, und jeder, der ein Ferkel zu haben wünscht, muß seinen Anspruch beim Amtsverband geltend machen. Dort werden die Ferkel für 2,50 *M* abgesetzt. Es sind keine Schwierigkeiten bekannt geworden. Anders liegt die Sache bei uns im Oldenburger Land. Es würde bei uns leicht sein, genau so auch hier vorzugehen. Dann würden die ganzen Klagen verstummen. Wir haben in allen Amtsverbänden ein Viehkataster, und es sind überall Leute angestellt, die dafür zu sorgen haben, daß das Viehkataster von Zeit zu Zeit berichtigt wird. Es kann die Anzahl der Ferkel jederzeit festgestellt werden. Und selbstverständlich kann man auch dafür sorgen, daß die Ferkel zu einem angemessenen Höchstpreis abgegeben werden. Der Preis ist so bemessen, daß jeder Erzeuger auf seine Kosten kommt. Wenn das heute nicht geschieht, so geschieht es nur aus reiner Gewinnsucht. Ich habe mich bemüht, Ferkel zum Höchstpreise zu bekommen. Ich habe nur einen einzigen Mann gefunden, der es hierzu hergeben wollte. Ich möchte das zur Ehre des Mannes feststellen. Jedenfalls konnte ich sehen, daß die Herrschaften, welche Schweine groß ziehen, je reicher sie waren, desto weniger geneigt waren, Ferkel zum Höchstpreis abzugeben. Im Gegenteil, wenn jemand kam und für den Höchstpreis kaufen wollte, dann war der betreffende Landwirt überhaupt nicht geneigt, seine Stalltür aufzumachen. Ich möchte bitten, daß die Regierung Schritte unternimmt ähnlich wie in Birkenfeld, daß die Höchstpreise nicht bloß auf dem Papier stehen, sondern auch in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Präsident: Ich möchte die Regierung fragen, ob und wann die Interpellation beantwortet werden soll.

Minister Scheer: Sofort.

Präsident: Dann bitte ich das Wort zu nehmen.

Minister Scheer: *M. H.!* Zur Zeit des Ausbruchs des Krieges verfügte Oldenburg über einen Schweinereichtum von 600 000 Tieren. Dieser Bestand ist nach der Viehzählung vom 1. März dieses Jahres zurückgegangen auf 74 514 Tiere. Es ist eine Verminderung eingetreten um $\frac{7}{8}$. Wir besitzen jetzt nur noch 9450 Zuchtsauen. Daß diese rapide Abnahme geradezu vernichtend auf die Schweinezucht einwirken mußte, bedarf keiner weiteren Hervorhebung. Es sind sowohl das Reichs Ernährungsamt wie die Reichs Fleischstelle wie das Direktorium und der Viehverwertungsverband wiederholt in Beratungen eingetreten, wie dem Ferkelmangel am besten abzuhelpen ist. Von Reichswegen ist nach eingehender Untersuchung die Festsetzung von Höchstpreisen und eine öffentliche Bewirtschaftung der Ferkel als unausführbar abgelehnt. Es sind dann einige Provinzen und einige Staaten mit der Festsetzung von Höchstpreisen vorgegangen. Diese Verbände haben aber ihre Anordnungen sehr bald zurückgezogen, weil sich ergab, daß die Ferkel aus dem Verkehr und vom Markt verschwanden. Trotz dieser schlechten Erfahrungen hat das Direktorium sich doch entschlossen, für die Provinz Oldenburg Höchstpreise festzu-

setzen. Wir waren uns dabei bewußt, daß für die Preisbildung nicht maßgebend ist der Bedarf an Aufzuchtferkeln im Lande, sondern die Nachfrage nach Ferkeln in den Industrieorten. Es werden aus Oldenburg große Mengen Ferkel ausgeführt in die Industriegegenden von Rheinland und Westfalen, nicht um der Aufzucht wegen, sondern um sie sofort zu schlachten. (Mehrfaches Sehr richtig!) Wir haben uns aber nicht, wie der Herr Interpellant anzunehmen scheint, darauf beschränkt, Höchstpreise festzusetzen, sondern wir haben gleichzeitig für die Ausfuhr eine Genehmigungspflicht eingeführt und denjenigen Händlern, die um die Genehmigung zur Ausfuhr einkommen, die Verpflichtung auferlegt, 20 Prozent der auszuführenden Tiere dem Viehverwertungsverbande zum Höchstpreise zur Verfügung zu stellen. Bis vor kurzem reichte dieser Prozentsatz vollkommen aus, um die Anmeldungen für die Ueberweisung von Aufzuchtferkeln zu befriedigen. Erst in den letzten 14 Tagen haben die Anmeldungen einen so großen Umfang angenommen, daß die zur Verfügung stehenden Ferkel nicht ausreichen, um den inländischen Bedarf zu decken. Bei den vom Direktorium mit dem Viehverwertungsverbande eingeleiteten Verhandlungen hat sich ergeben, daß der Viehverwertungsverband damit rechnet, daß die Anträge auf Ausfuhr genehmigung in den nächsten vier Wochen so zahlreich eingehen — man veranschlagt die Ausfuhr auf 8000 Ferkel —, daß ein Prozentsatz von 20 Prozent für die inländische Versorgung ausreicht im Lande. Sollte sich wider Erwarten herausstellen, daß diese auf sachverständigem Urteil beruhende Annahme nicht zutrifft, wird das Direktorium eine Erhöhung des Prozentsatzes eintreten lassen. Das Direktorium hat aus den Verhandlungen, die geführt sind, die Ueberzeugung gewonnen, daß den berechtigten Anforderungen der minderbemittelten Bevölkerung auf Zuweisung von Aufzuchtferkeln genügt werden wird.

Präsident: Herr Abg. Weyand hat das Wort.

Abg. Weyand: *M. H.!* Wie ich aus den Ausführungen des Herrn Interpellanten Schmidt gehört habe, soll im Fürstentum Birkenfeld eine Zwangsbewirtschaftung der Ferkel beschlossen sein. Mir als Birkenfelder Abgeordneter ist davon nichts bekannt. (Hört! Hört!) Es mag ja sein, daß ich nicht auf dem Laufenden bin. Aber das eine ist wohl richtig, daß es dann nicht gehandhabt wird, denn alle Ferkel werden bei uns vollständig frei verkauft ohne Höchstpreis. Ich wollte dies nur feststellen.

Präsident: Herr Abg. Schmidt (Bockhornerfeld) hat das Wort.

Abg. Schmidt: Ich muß mich zu meinem Bedauern verbessern. Ich meinte die Provinz Lübeck, nicht Birkenfeld.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter verlangt. Ich schließe danach die Besprechung.

Es folgt der 17. Gegenstand der Tagesordnung:

Interpellation des Abgeordneten Behrens wegen Bekämpfung des Wuchers.

Das Wort hat Herr Abg. Behrens zur Begründung der Interpellation.

Abg. Behrens: *M. H.!* Schon zu Friedenszeiten waren wir in unserem engeren Heimatland sowohl als auch

in Deutschland auf die Zufuhr vom Ausland in Bezug auf Lebensmittel angewiesen. Erst recht waren wir dies in der Kriegszeit. Und Sie wissen alle, wie durch die Blockade der Feinde unsere Zufuhr unterbunden ist. In Deutschland werden nur ca. 60 Prozent aller Lebensmittel, die wir gebrauchen, produziert, daß dadurch sich die Rationierung notwendig machte, die wir meiner Ansicht nach auch vorläufig noch behalten werden, liegt auf der Hand. Die Einsetzung der Höchstpreise führte dazu, daß die Waren mehr und mehr vom Markt verschwanden und im Schleichhandel umgesetzt wurden. Dieser Schleichhandel, der eingesetzt hat in den Kriegsjahren, hat im letzten halben Jahr einen Umfang angenommen, wie kein Mensch erwarten konnte. Es ist leider Tatsache, daß ohne Schleichhandel niemand leben kann. Selbst derjenige, der es noch so ehrlich mit all den Verordnungen halten will, kann gar nicht existieren, wenn er nicht in der Lage ist, irgend etwas von hinten herum zu bekommen. Jahr für Jahr haben meine Freunde in allen möglichen Körperschaften auf diese Zustände hingewiesen, nicht zu wenig in diesem Hause. Und nach dem Steckrübenjammer vor zwei Jahren, wo wir alle hofften, jetzt wären wir über die schlimmste Zeit hinaus, dachte man an Besserung. Aber in diesem letzten halben Jahr ist es in der Hinsicht ja eigentlich noch schlimmer geworden. Die Preistreiberi, die eingesetzt hat in diesem halben Jahr in allen Artikeln des täglichen Bedarfs ist dermaßen schlimm geworden, daß sie wirkt wie eine Schraube ohne Ende. Sie zieht nach sich alle Lohn- und Gehaltsforderungen derjenigen Leute, die auf Lohn und Gehalt angewiesen sind, und ja eigentlich gegenüber dieser Misere immer noch viel zu wenig verdienen. Uns ist ja schon wieder eine Vorlage über eine Teuerungszulage zugegangen, die uns nächstens hier beschäftigen wird, sie ist ja auch eine Folge dieses Zustandes, in dem wir jetzt leben. Ich will nur daran erinnern, daß augenblicklich für Kartoffeln hier und in der Umgegend von Oldenburg 30 *M* pro Zentner bezahlt werden. In Friedenszeiten kostete ein Zentner Kartoffeln 2—3 *M*. Es sind sogar aus einer Gemeinde des Amtes Oldenburg vor kurzem zentnerweise Kartoffeln verkauft worden nach Hamburg für 60 *M*. Das sind doch unerwünschte und unerhörte Zustände. Ich habe nur die Kartoffeln herausgegriffen, denn die Kartoffel ist ein so sehr notwendiges Nahrungsmittel, daß sie garnicht zu entbehren ist. Aber ich will noch an ein anderes Nahrungsmittel erinnern, an das Brot, welches sehr viel aus dem Münsterland gehamstert wird. Das Münsterland ist ja mit dem Ammerlande zusammen das Eldorado der Schleichhändler. Da werden Preise von dem Münsterländischen-Bauern gefordert, die geradezu haarsträubend sind. 2 *M* für 1 Pfund Schwarzbrot, so erzählte mir ein Eisenbahnbeamter, der seine Sonntagszeit dazu benutzte, um in der Umgegend von Cloppenburg zu hamstern — der Mann kann sonst nicht existieren mit 7 Kindern — daß er für ein Schwarzbrot von 26 Pfund 50 *M* bezahlt habe. Was sind das für unerhörte Preise. Ebenso kann ich mitteilen, daß für Roggen, den viele Leute sich einhamstern zum Kaffeebrennen, 60—70 *M* das Pfund gefordert werden. Ueber die Eierhöchstpreise haben wir uns neulich schon unterhalten und will ich daran erinnern, daß Preise

von 1,50 *M* keine Seltenheit sind, trotzdem in Friedenszeiten ein Ei 5—8 *M* kostete. Für Butter werden augenblicklich 20 *M* gefordert, in Friedenszeiten 1,20—1,50 *M* das Pfund. Wohin soll all so etwas führen! Ebenso wird ein kolossaler Handel mit Zucker getrieben, allerdings nicht auf legalem Wege, sondern auch im Schleichhandel. Man kann für unerhörte Preise Zucker genug von hinten herum kaufen, während man auf legalem Wege nicht einmal das bekommen kann, was einem auf Karten zusteht. Und da möchte ich die Regierung darauf aufmerksam machen, daß in den Geschäften der Stadt Oldenburg Konfitüren und Bonbons für Phantasiepreise zu kaufen sind. Könnte für diese Konfitüren, die mit dem Zucker hergestellt werden, der durch Schleichhandel erworben ist, könnte dafür nicht die Bevölkerung mit etwas mehr Zucker beliefert werden? Ein Lichtschein ist allerdings vorhanden. Seit dem 1. Mai ist der Preis für Butter und Milch ermäßigt. Aber fragt mich nur nicht wie! Von der Landesfettstelle ist der Milchpreis um 2 *M* ermäßigt. Statt 52 *M* kostet die Vollmilch jetzt 50 *M* und statt 4,28 *M* kostet die Butter 4,10 *M*. Daß das eigentlich keine Ermäßigung ist, sollte auch der Landesfettstelle klar sein. Wenn sie wenigstens den Preis zurückgeschraubt hätte auf 3,20 *M*, wie wir ihn im Vorjahre bezahlten, dann hätte man von einer Ermäßigung reden können. Aber so kann von einem Abbau gar keine Rede sein. Eine solche Ermäßigung ist kein Abbau. Und ehe nicht abgebaut wird bei den Lebensmittelpreisen, ist auch nicht abzubauen bei den Löhnen. Eine solche Steigerung, wie ich sie geschildert habe, die bei den meisten Lebensmitteln über das Zehnfache beträgt, ist in Bezug auf Gehalt und Lohn nicht eingetreten. Wie gesagt, Jahr für Jahr haben wir darauf hingewiesen. Und ich möchte hier die Anfrage — deswegen haben wir die Interpellation eingebracht — an die Regierung richten, was für Maßnahmen sie zu tun gedenkt, um endlich diese unerwünschten Zustände zu beseitigen.

Präsident: Herr Minister Scheer hat das Wort.

Minister Scheer: *M. H.!* Die soeben verlesene Frage ist leichter gestellt als beantwortet. (Sehr richtig!) Bei dem wucherischen Treiben und der Teuerung handelt es sich nicht um einzelne Erscheinungen, sondern um die natürlichen Auswüchse eines Wirtschaftssystems, daß nach 4jährigem schwerem Kriege nicht mehr den Verhältnissen gewachsen ist. Der Wucher, der vielfach betrieben wird, und die Teuerung sind zurückzuführen auf das Mißverhältnis zwischen Ware und Umlaufmitteln. Infolge des Krieges und der Blockade, infolge der Schwierigkeiten, mit denen die Landwirtschaft zu kämpfen hat, ist die Produktion außerordentlich zurückgegangen. Die vorhandene Ware genügt nicht der Nachfrage. Dagegen sind die Umlaufmittel in unglaublichem Umfange vermehrt. Es sind während des Krieges mit Einschluß der Kriegsanleihen die Umlaufmittel mindestens zum Betrage von 140 Milliarden Mark gewachsen. Infolge der Teuerung sind die Löhne und Gehälter der Privatbeamten um das Vielfache gestiegen. Sobald irgend eine Ware auf dem Markt erscheint, finden sich viele Liebhaber, bezahlen jeden Preis, und die Folge ist die wachsende Teuerung. Wir können diesem Krebschaden nur begegnen

durch Vermehrung der Waren oder auch durch eine Verringerung der Umlaufsmittel. Die Güter können wir vermehren nur durch Arbeit, nur dadurch, daß wir durch Arbeit neue Werte schaffen, besonders auch die Bodenerzeugnisse steigern. Wir müssen jeden Streik vermeiden, Streiks schädigen unsere Produktion und erhöhen die Teuerung. Ferner muß die Blockade aufgehoben werden. Und schließlich ist es wünschenswert, die Umlaufsmittel dadurch zu verringern, daß einmal die Tätigkeit der Notenpresse eingeschränkt wird und daß ferner die Reichssteuern bezahlt werden mit Kriegsanleihe, damit die Kriegsanleihe in möglichst großem Betrage aus dem Verkehr verschwindet. Nur solche allgemeine Maßregeln können unsere wirtschaftliche Not lindern.

Wenn ich nun im einzelnen auf die Maßregeln eingehe, die von der Regierung getroffen sind, um der Teuerung und dem Wucher entgegenzuwirken, so habe ich folgendes zu bemerken. Zunächst sollen die vorhandenen Lebensmittel noch besser erfasst werden. M. H.! Ich persönlich bin der Meinung, daß es ein Fehler der Reichsregierung ist, den Preis für das Brotgetreide nicht erhöht zu haben. (Sehr richtig! rechts.) Die Ausgaben des Landwirts sind außerordentlich gestiegen. Die Preise für alle Bedarfsartikel sind in die Höhe gegangen, nur das Brotgetreide ist auf demselben Preise stehen geblieben. Unsere Brotpreise sind geringer als bei unseren Feinden und im neutralen Ausland. Es ist ja verständlich, daß man Bedenken getragen hat, den Preis für Brotgetreide zu erhöhen. Aber wie von den verschiedensten Seiten aus dem Lande berichtet ist, hat der Anbau von Brotgetreide eine Abnahme erfahren, weil beim Anbau von Hülsenfrüchten und Kartoffeln höhere Erträge zu erzielen sind, und das wird sich später schwer rächen. Es ist ferner beklagenswert, daß auch die Kommunalverbände vielfach im Schleichhandel Waren erwerben, um die Ernährung der Bevölkerung zu verbessern. Wenn die Kommunalverbände mit ihren reichen Mitteln auf dem verbotenen Markt erscheinen, so wird dadurch der Schleichhandel ganz außerordentlich gefördert. Oldenburg hat sich, um den Schleichhandel und den Wucher zu bekämpfen, dem Kriegswucheramt in Berlin schon vor längerer Zeit angeschlossen, um dessen Erfahrungen und Einrichtungen auf dem Gebiete der Bekämpfung des Wuchers auch für unser Land zu verwerten. Ferner haben wir — und Sie haben ja heute die betreffende Vorlage erledigt — das Bestreben, die Polizeimacht zu verstärken, um dem Schleichhandel besser begegnen zu können. Ferner haben wir die Arbeiterräte und Bauernräte aufgefordert, mitzuwirken bei der Bekämpfung von Schleichhandel und Wucher. In nächster Zeit werden wir Kommissionen einsetzen, um die Mitwirkung noch sicherer zu stellen, als bisher. Der Viehverwertungsverband hat Prämien ausgesetzt für die Aufdeckung von Geheimschlachtungen und ferner polizeiliche Hilfskräfte angenommen, nur zu dem Zweck, um den Geheimschlachtungen nachzustellen, besonders in den Grenzgebieten, wo die Mißstände am meisten hervorgetreten sind. Schließlich werden wir wohl dazu übergehen, anzuordnen, daß die Namen derjenigen, die wegen Wucher wiederholt rechtskräftig verurteilt sind, öffentlich bekannt gemacht werden. Es ist aber nötig, für die Bekämpfung des gewerblichen Schleich-

handels und Wuchers, daß auch das Publikum mitwirkt und Anzeige erstattet. Wir können unmöglich von unseren Polizeikräften erwarten, daß sie allein diese Aufgabe erfüllen.

Wenn der Herr Interpellant bemängelt hat, daß in den Läden noch Konfitüren zu kaufen sind, so mache ich darauf aufmerksam, daß es sich nach Mitteilung des Reichs-ernährungsamtes um ganz geringe Mengen Zucker handelt, die den Versüßfabriken überwiesen werden. Man hat davon abgesehen, die Herstellung von Konfitüren zu verbieten mit Rücksicht auf die Arbeiterschaft, die in dieser Industrie beschäftigt ist. Es ist der Nachweis gebracht, daß es sich um so kleine Mengen handelt, daß sie für die allgemeine Ernährung ohne Bedeutung sind.

Wenn dann schließlich der Herr Interpellant die Neufestsetzung der Preise für Butter und Milchprodukte bemängelt hat, so ist doch darauf hinzuweisen, daß auch alle Bedürfnisse des täglichen Lebens außerordentlich gestiegen sind und daß bei der Neufestsetzung diese wirtschaftlichen Verhältnisse mit berücksichtigt werden mußten. (Sehr richtig!)

Präsident: M. H.! Wird eine Besprechung der Interpellation beantragt? (Zuruf: Jawohl!) Wird der Antrag unterstützt? (Zuruf: Ja!) Der Antrag ist genügend unterstützt. Dann hat Herr Abgeordneter Willenborg das Wort.

Abg. Willenborg: M. H.! Ich muß zunächst eine Anspielung, die Herr Abg. Behrens gemacht hat auf das Münsterland und das Ammerland ganz energisch zurückweisen. Das stimmt nicht. Er sprach von Wucherpreisen, die gefordert werden, hat aber vergessen, daß zum großen Teil die Hamster selbst daran schuld sind. Die Preise werden garnicht gefordert. Da kommen die Leute herein und sagen: „Ich zahle so und soviel.“ Da werden Sie den Leuten doch nicht zumuten, daß sie sagen: „Ich will das nicht haben, ich will nur soviel haben.“ Er hütet sich aber ganz wunderhübsch, das zu erwähnen. Er sprach dann von Friedenspreisen. Er erwähnt aber nicht, daß die Herstellungskosten um das Zehnfache bzw. Fünzfache teurer sind als in Friedenszeiten. Wir haben damals in der Gemeinde beschlossen, an die Arbeiterschaft eine entsprechende Anzahl von Eiern zu liefern zum Preise von 30 Pfg. Und was haben sie gemacht? Zum Teil haben sie sie verbraucht, und zum Teil haben die Händler die Eier abgeholt und die haben sie wieder abgesetzt im Schleichhandel für 1,50 M, die wir für 30 Pfg. abgegeben haben. Also diese Anschuldigungen sind nicht stichhaltig. Daß Ausnahmefälle vorkommen, will ich nicht bestreiten. Aber Ausnahmefälle gibt es in allen Teilen. Er spricht nur immer von den Wucherpreisen, die verlangt werden, z. B. wenn jetzt der Landwirt die Sachen kauft, die er früher auch zu Friedenspreisen gekauft hat, die sind um das Zehnfache teurer. Wenn der Landwirt einen neuen Wagen haben will, dann konnte er den früher für 150 M kaufen. Jetzt bezahlt er 900 M dafür. Woher soll der Landwirt die Mittel nehmen, wenn er nur von den Höchstpreisen leben soll. Wenn Herr Abg. Behrens sich dazu bemühen will, dann werde ich ihm eingehend nachweisen, wenn er das wünscht, daß die Leute nicht existenzfähig sind, wenn sie

genau sich nach den Höchstpreisen richten wollen. Wenn Herr Behrens mir das dennoch beweist, dann werden wir ihnen das zu Friedenspreisen liefern.

Präsident: Herr Abg. Seidenberg hat das Wort.

Abg. Seidenberg: M. H.! Wir sind ja leider so weit gekommen, daß heute selbst ein Justizminister nicht ohne Umgehung der Gesetze leben kann. Andererseits sehen wir aber, daß von Seiten der Herren Minister nur recht wenig Tatkräftiges geschieht, um die Verhältnisse zu ändern und zu bessern. Es ist eine Sünde und eine Schande, daß es heute noch möglich ist, daß gerade die Kriegsheher und Kapitalisten besser leben als das Volk, welches die gewaltigen Kriegsoffer hat bringen müssen. Man sieht es ruhig mit an, und wird es weiter mit ansehen, bis es schließlich zum Bruch kommt, daß das Volk hungert und daß dabei eine ganze Zahl von Großkapitalisten und Großbauern im Saus und Braus lebt. Denn ich kann Ihnen den Beweis liefern, daß man heute in Oldenburg noch leben kann wie Lucullus, wenn man nur das nötige Geld hat. Andererseits habe ich die Erfahrung gemacht, daß bei uns noch immer lustig Spartien abgehalten werden. J. B. bei uns in Betel kommen auswärtige Vereine, die zu Hunderten dort ganz nett essen können. Woher kommen diese Lebensmittel? Natürlich durch den Schleichhandel. Aber warum erfaßt man die Lebensmittel nicht besser? Warum geht man nicht energisch gegen diejenigen vor, die die Lebensmittel produzieren? Ich bin der Meinung, daß das einzige und beste Mittel nur das sein kann, indem man jeden Handel mit Lebensmitteln ausschaltet. Man erklärt die Lebensmittel für Eigentum des Volkes und läßt sie durch die Gemeinden gleichmäßig verteilen.

Präsident: Herr Abg. Enneking hat das Wort.

Abg. Enneking: Der Grund der wucherischen Preisbildungen ist meiner Ansicht nach Mangel an Waren, wie der Herr Minister vorhin schon eingehend ausgeführt hat. Die Behörden haben bislang trotz der vielen Gesetze, Verordnungen und Polizeimaßnahmen nichts erreichen können. Die Möglichkeit, eine Besserung herbeizuführen, sehe ich nur in Förderung der Produktion und Einfuhr, sowie angemessener Preisfestsetzung. Leider haben wir auf die Einfuhr aus dem Auslande keinen Einfluß und durch die vielen Streiks der Arbeiter ist die Produktion stark gehemmt worden für die kommende Ernte, indem der nötige Kunstdünger wegen Kohlenmangel nicht hergestellt werden konnte. Eine angemessene Preisfestsetzung kann nur den Wucher und Schleichhandel abbauen. Der Preis muß meiner Ansicht nach auf bestimmter Grundlage errechnet werden. Eine solche Grundlage ersehe ich darin, daß dem Landwirt ein ebenso hoher Stundenlohn gewährt wird, wie dem Fabrikarbeiter. Es muß eine Kommission gebildet werden aus Fabrikarbeitern, Beamten, Gewerbetreibenden und Kaufleuten aus den Städten und Landwirten, welche den Preis in der Weise zu errechnen haben, daß derselbe Stundenlohn dem Landwirt verbleibt, wie dem Fabrikarbeiter. Wenn die Preise wieder abgebaut werden sollen und auch garkein Verdienst verbleibt, so muß man für die Uebergangszeit auch damit zufrieden sein. Wird auf diese Art

und Weise der Preis kalkuliert, so wirkt das meiner Ansicht aufklärend für die Städter und schwächt die Gegensätze zwischen Stadt und Land ab. Nun würden ja alle Landwirte mit einer solchen Beordnung nicht zufrieden sein. Die Ackerbautreibenden haben erheblich mehr Arbeitsstunden als die Weidewirtschaftler, aber ich glaube, das steht wohl einigermaßen in einem richtigen Verhältnis. Diejenigen, die Weidewirtschaft betreiben, müssen auch ein kleines Opfer bringen, um geordnete Verhältnisse wieder herbeizuführen.

Dann möchte ich noch hinweisen auf die Bewirtschaftung der neuen Ernte. Wir müssen wegen des Fehlens von Kunstdünger und der zurückgegangenen Anbaufläche mit einer knappen Brotgetreideernte rechnen, aber sie kann immer noch so viel bringen, daß wir genügend Brotkorn zur Ernährung haben. Es handelt sich hauptsächlich darum, das Quantum für die Städter (ca. 5 Millionen Tonnen) zu erfassen, und zwar möglichst auf gutlichem Wege in der Weise, daß dem Landwirt, welcher sein Pflichtquantum abgeliefert hat, der Rest zur freien Verfügung verbleibt in seiner eigenen Wirtschaft. Dann kann erheblich mehr Fett und Milch produziert werden, wie bislang. Jeder Landwirt würde sich beeilen, möglichst rasch sein Quantum abzuliefern, und würde keine Anlieferungsprämie mehr notwendig sein. Die Durchführung ist jetzt leichter, weil das Heer nicht mehr versorgt werden braucht. Wenn wir uns in dieser Weise mit Brotgetreide eindecken, dann wird das auch auf die Auslandspreise einwirken, sowie auf unsere Valuta.

Ich möchte nun dem Landesdirektorium anheimgeben, an geeigneter Stelle eine derartige Beordnung anzuregen.

Präsident: Herr Abg. Lanje hat das Wort.

Abg. Lanje: M. H.! Fast könnten die Ausführungen des Herrn Ministers, daß der Getreideanbau zurückgegangen sei, mich mit Genugtuung erfüllen, wenn die Sache nicht so traurig wäre. Ich habe im Jahre 1917 oder schon früher im Landtag darauf hingewiesen, daß ein Rückgang des Getreideanbaus zu befürchten wäre. Der Herr Minister hat mir damals geantwortet, daß nach dem Urteil eines Sachverständigen, der am besten über die Verhältnisse im Lande unterrichtet sei, das nicht zu befürchten sei. Ich habe damals um Maßnahmen gebeten. Wie die Maßnahmen zu treffen wären, muß selbstverständlich dem Landesdirektorium überlassen bleiben. Aber, m. H., solange der Preis für Getreide nicht im Verhältnis zum Preise der Hackfrüchte steht, solange werden Sie auch keine Förderung des Getreidebaus erzielen, oder Sie müssen schon durch ganz drakonische Maßregeln das erreichen. Wenn der Landwirt das Mehrfache von dem erhält, wenn er Hackfrüchte baut, als wenn er Getreide baut, dann ist es unmöglich, den Landwirt zu zwingen. (Zuruf: Patriotismus!) Ich komme gleich darauf. Die Landwirte sind mindestens ebenso patriotisch wie jeder andere Stand. Ich verurteile aber jeden Wucher. Ich nehme auch den Arbeiter nicht aus, wenn er mit seiner Arbeitskraft wuchert. M. G. liegt aber der Rückgang des Getreidebaus auch darin, daß immer wieder von den Arbeitern gestreikt wird und dadurch nicht der nötige Kunstdünger hergestellt werden kann. Der Landwirt ist nicht in der Lage, soviel Getreide anzubauen, weil

ihm Kalk und Kunstdünger fehlen. Die Erträge werden immer geringer werden, solange nicht Kalk und Kunstdünger vorhanden sind. Auch für Kalk und Kunstdünger werden wucherische Preise augenblicklich gefordert. Wenn für Thomasmehl jetzt 6000 *M* für eine Doppelladung bezahlt werden müssen, dann ist ein profitabler Anbau von Getreide überhaupt nicht mehr möglich.

Der Herr Interpellant hat dann von den wucherischen Preisen gesprochen. *M. H.!* Wer würde das nicht unterschreiben! Wir alle verurteilen das ganz. Aber etwas muß ich den Landwirt doch in Schutz nehmen. Er muß für alle Produkte und Waren, die er beziehen muß, höhere Preise bezahlen. Der Kunstdünger wird als Tauschobjekt gehandelt gegen die Produkte des Landwirts. Wer kann für Geld noch etwas erhalten. In der Regel wird gesagt: „Geld nützt uns nichts, wir wollen Speck, Butter usw. haben“. Dann ist noch zu bedenken, daß die Bedürfnisse, die der Landwirt haben muß, außer seiner Nahrung doch so gewaltig im Preise gestiegen sind, daß er überhaupt nicht bei den Höchstpreisen existieren kann. Die Löhne sind in die Höhe gegangen. Der Landwirt, der früher 600 *M* Lohn zahlte, ist jetzt gezwungen, 12—1500 *M* für einen Knecht zu zahlen. Also hier muß ich die Landwirtschaft in Schutz nehmen und muß sagen, daß die Preise, die für die notwendigsten Lebensbedürfnisse sind, wie Brot, Butter usw. nicht zu hoch sind. Das Getreide ist doch nicht wesentlich teurer geworden gegen früher und die Milch- und Butterpreise bewegen sich auch in mäßigen Grenzen. Man kann sagen, daß viele Bedürfnisse um das 8—10fache gestiegen sind, während der Preis für Milch und Butter nur das dreifache beträgt. (Zuruf: Die Butter kostet 20 *M*!) Das bedaure ich sehr, das sind aber Schlechthandelspreise, aber dafür kann der anständige Landwirt auch nichts. Ich verurteile es, wenn ein Landwirt diese Zeit ausnützt, um einen hohen Wucherpreis für seine Produkte zu nehmen. Ich entschuldige ihn, wenn er seine Produkte gegen Waren austauscht, für die auch Wucherpreise gefordert werden. Die Städter, die aufs Land kommen, haben stets Tauschartikel wie Kleider, Schuhe usw. bei sich. Das wird überall so gemacht werden.

Präsident: Herr Abg. Behrens hat das Wort.

Abg. Behrens: *M. H.!* Um zunächst auf die Ausführungen des Herrn Abg. Lanje zurückzukommen, so ist es ja zweifellos richtig, daß es in der Weise viel gemacht wird, daß den Landwirten irgend etwas zum Tausch angeboten wird. Aber andernteils muß man doch auch sagen, daß die Ursache dieser ganzen Geschichte doch erst die Zurückhaltung der Produkte gewesen ist. Die Landwirte sind es doch gewesen, die die Sachen zurückbehalten haben. Das möchte ich auch Herrn Abgeordneten Willenborg zu bedenken geben. Es ist doch daher gekommen, weil die Waren mit der Festsetzung der Höchstpreise immer mehr vom Markt verschwanden. Das haben Sie jetzt wieder gesehen mit der Festsetzung der Ferkelhöchstpreise. Es kam kein Schwein mehr auf den Markt. Vorher waren Hunderte da. Da sind die Leute ja gezwungen, hinzugehen und die Waren an der Quelle aufzusuchen. Zum Vergnügen kommen die Leute nicht aufs Land und laufen von Haus zu Haus.

Dann hat Herr Willenborg gesprochen von den gestiegenen Preisen, die auch die Landwirte bezahlen müssen. Das erkenne ich an. Aber wenn er meine Begründung der Interpellation verfolgt hat, dann hätte er hören müssen, wie ich genau dasselbe ausgeführt habe, daß es eine Schraube ohne Ende ist, und wie es durch die Steigerung der Nahrungsmittelpreise ja dahin führen muß, daß auch alle anderen Artikel teurer werden. Wenn der Stellmacher jetzt 900 *M* für einen neuen Wagen verlangt, der früher 150 *M* gekostet hat, dann muß er das, weil auch alle anderen Artikel teurer geworden sind. (Zuruf: Kleider!) Auch die Kleider usw. Das ist ganz dasselbe. Das Beispiel, was Herr Willenborg angeführt hat, ist eine sechsfache Steigerung. Man kann aber die Beispiele an den Produkten der Landwirte um das Zehnfache vermehren. Ich will nur das Ei herausgreifen. Da ist es das 25fache vom Friedenspreis! (Zuruf: Es gibt Waren mit 1200 Prozent!)

Dann ist von Herrn Abg. Lanje gesprochen worden von den Streiks der Arbeiter. Ja, *m. H.*, woher kommt denn das? Ich erinnere Sie nur daran, daß nicht nur die Arbeiter gestreikt haben, um bessere Lohnbedingungen durchzusetzen, sondern daß in allen anderen Schichten der Bevölkerung auch gestreikt ist. Ich verweise nur darauf, daß in Reichenhall ein Streik der Bauern stattgefunden hat — (Zuruf: Ausnahme!) es sind keine Ausnahmen, Herr Dannemann: in Delmenhorst und Umgegend haben wir etwas ähnliches: der Tanz ums goldene Kalb ist gerade in Ihren Kreisen ganz besonders groß —, also in Reichenhall sind die Bauern von der Arbeiterbevölkerung gezwungen, ihre Milch zu liefern, damit die Säuglinge nicht verhungern. Solche Streiks sind vorgekommen in allen Kreisen, das haben wir erlebt. Ich habe schon ausgeführt: Woher kommen denn die Streiks? Die Veranlassung ist doch nur der Hunger, der die Leute zwingt, sich bessere Lohnbedingungen zu verschaffen. Der Hunger treibt schließlich die Massen, die an bessere Zeiten verzweifeln, immer wieder an. Denn bei diesen gestiegenen Preisen müssen sie das, um einen Ausgleich zu haben. Er treibt sie schließlich bis zum völligen Niederbruch unserer ganzen Volkswirtschaft. Und was haben denn die Gelbhamster, die Vampire, die das Volk ausgezogen haben, davon? In diesen Strudel werden sie mit hineingerissen, die nur an das eigene liebe Ich gedacht haben.

Dann hat der Herr Minister von den Brotpreisen gesprochen und da bin ich allerdings sehr überrascht, daß er die Ansicht vertritt, die Brotpreise seien noch nicht hoch genug. Die Kornpreise sind ja im Verhältnis zu den Welthandelspreisen bei uns in Deutschland niedrig, das gebe ich zu. Nach den Börsenpreisen sind sie im Ausland höher. Aber das ist ja der einzige Lichtblick in dem ganzen Jammer, daß die Brotversorgung wenigstens einigermaßen bei uns in Deutschland geklappt hat. Wenn angeführt wird, daß der Preis noch zu gering sei, dann kann ich das nicht verstehen und kann den Standpunkt nicht teilen. Denn ein 10pfündiges Schwarzbrot kostete in Friedenszeiten 90 *S*, und ein 8pfündiges Schwarzbrot kostet jetzt 1,92 *M*. Das ist eine ganz enorme Preissteigerung, die eingetreten ist.

Weiter hat der Herr Minister gesagt, sie würden zu dem Mittel greifen, die Namen der Wucherer bekannt zu geben. Solches halte ich für ganz richtig. Das hätte schon lange gemacht werden müssen. Denn diese Art Leute gehören an den Pranger. Und daß die Arbeiterräte mehr herangezogen werden sollten, halte ich auch für richtig. Man hätte schon lange die örtlichen Arbeiterräte beauftragen können mit der Ueberwachung des Schleichhandels und der Bekämpfung des Wuchers. Auf eins möchte ich dann noch aufmerksam machen. Wenn wir in die glückliche Lage kommen sollten, über kürzere oder längere Zeit Nahrungsmittel vom Auslande zu erhalten, was ja für die nächste Zukunft noch nicht zutreffen wird — es werden ja zunächst die Industriegebiete und die großen Städte kommen — aber falls wir in die Lage kommen sollten, dann möchte ich doch darauf aufmerksam gemacht haben, daß diese Verteilung vorgenommen wird möglichst nach Steuerklassen und möglichst nach Kinderzahl, daß möglichst die Preise, die ja, wie man von den Städten Hamburg, Bremen hört, sehr hoch sind — durch die Valuta unseres Geldes kommt ja der hohe Preis — daß da die Verkaufspreise abgestuft werden nach Steuerklassen. Mir ist bekannt, daß jetzt schon unter den heutigen Verhältnissen das geschehen kann. Es müssen dann aber die Gemeinden solches beschließen. Und soweit mir im Gedächtnis liegt, haben im deutschen Reiche nur 2 Städte, Bremen und Straßburg, davon Gebrauch gemacht. (Zuruf: Noch mehr!) Es ist aber jedenfalls ein ganz verschwindend kleiner Teil. Es liegt ja auf der Hand, wenn die Kommunen darüber zu beschließen haben, daß das nicht das richtige ist. Es wäre ja bei unseren Verhältnissen viel richtiger, wenn das gleich von der Regierung gemacht würde, und wenn dort gleich das dermaßen festgesetzt würde, daß nach Einkommensteuerstufen versteilt werden muß. Weiter möchte ich noch sagen, daß die Regierung nach meiner Ansicht mit unerbittlicher Strenge gegen die preistreibenden und lieferungsunlustigen Produzenten vorgehen muß, nicht bloß gegen die Landwirte, nein, gegen alle. Denn ich erinnere daran, daß auch alle anderen Artikel, wie Zeug, Wäsche usw., genau so gestiegen sind und genau solche Preistreiberei damit getrieben wird. (Zuruf: Noch höher!) Das gebe ich gern zu. Als Beispiel kann ich anführen, daß eine Frau in der Stadt Oldenburg ein Fach Gardinen für 90 M bekommen hat in einem als sehr reell bekannten Geschäft. Und wie sie die Gardinen auseinanderlegt, sitzt ein Preiszettel darin von 17,50 M. Das sind keine gestiegenen Produktionskosten, sondern das ist die Profitsucht, die in allen Kreisen blüht. Ein weiteres Beispiel: Es ist noch nicht lange her, daß in Wilhelmshaven ein Waggon mit 17 Ochsen ankam, die als 10 Pferde deklariert waren. Die Ochsen kamen aus dem Oldenburger Münsterlande, nicht weit von dem Wohnort des Herrn Willenborg. Der Absender hat sich noch nicht gemeldet und wird sich auch nicht melden. Der verschmerzt lieber die 17 Ochsen als vielleicht seine Ausweiskarte vom Viehwertungsverband. Das kann er auch, denn beim nächsten Geschäft kommt's wieder heraus. Solche Fälle lassen sich beliebig vermehren. Ich will das nicht weiter ausspinnen. Nur auf den Zwischenruf wollte ich bemerken, daß in allen Kreisen derartige Sachen vor-

kommen, wie ich sie ausgeführt habe. Es ist bei Anzügen, Wäsche, Schuhwerk und allen Artikeln des täglichen Bedarfs genau so. Aber wo es bekannt wird und wo die Regierung die Möglichkeit hat, muß sie mit unerbittlicher Strenge gegen solche Produzenten oder Händler vorgehen, gegen alle diejenigen, die sich als Hyänen des Schlachtfeldes jetzt nach dem Kriege mühelos bereichern wollen.

Präsident: Herr Abg. Bäuerle hat das Wort.

Abg. **Bäuerle:** M. H.! Ich kann mich angesichts der Ausführungen meines Freundes Behrens kurz fassen. Ich will nur ebenfalls noch darauf hingewiesen haben, daß die Preise für Brotgetreide ja immer nicht die Höhe erreicht haben wie andere Bedarfsartikel oder Agrarprodukte. Aber daß man nun sagt, daß sie ganz besonders billig und niedrig sind oder überhaupt eine minimale Steigerung erfahren hätten, das möchte ich ganz entschieden zurückweisen. Es kommt im Brotpreise doch immerhin zum Ausdruck, daß das Brot noch ca. den dreifachen Preis kostet, als was es vor dem Kriege gekostet hat. Und wenn man diesen Preis einmal vergleicht mit den Arbeitslöhnen, dann muß man feststellen, daß das Brotgetreide immer noch in der Preissteigerung den Vorrang hat gegenüber den Arbeitslöhnen. Wenn wir uns hier aussprechen und die Interpellationen bringen, so geschieht das nicht aus Streitlust, aus Kampf der gegenseitigen Interessen der Herren Vertreter der verschiedenen Berufsgruppen, sondern wir sind alle der Ansicht, daß wir uns in einem ungesunden wirtschaftlichen Verhältnis befinden. Und wenn wir da und dort darauf hingewiesen werden, daß wir die Pflicht haben, abzubauen, um zurückzukehren zu einer gesunden Wirtschaft und vor allen Dingen der Arbeiterschaft stets und ständig geraten wird: „Ihr müßt euch einen Abbau der Löhne gefallen lassen, es muß umgekehrt werden von dieser Wirtschaft“, dann können wir nur sagen: Wenn das geschehen soll, dann müssen auch alle Kreise bereit sein, an einen Abbau heranzutreten, den Wucher zu bekämpfen. Nur dann ist es möglich, daß wir mit den Löhnen auch weiter heruntergehen können. Denn die Löhne stehen in keinem Verhältnis, selbst wenn sie 2,40 M und noch mehr die Stunde betragen, zu den wucherischen Preisen, wie wir sie überall in Erscheinung treten sehen. Es ist ja richtig, daß die rationierten Waren immerhin in gewissen Grenzen gehalten sind. Aber was bedeutet das für die Existenz! Es ist unmöglich, mit den rationierten Waren auszukommen. Die fortgesetzten Petitionen beweisen doch, daß man einfach nicht existieren kann und lebensfähig ist mit dem, was einem von den Kommunen geliefert wird.

Noch ein Wort zu dem Anbau des Getreides. Herr Abg. Lanje hat darauf hingewiesen, daß er bereits früher schon eine Warnung hätte ergehen lassen, daß man dafür sorgen möge, daß auch für die Dauer die Getreideproduktion gesichert werde. Ich kann die Entschuldigungen nicht gelten lassen, die dafür ins Feld geführt werden. Alle möglichen Gründe werden dafür aufgeführt, daß man in der Getreideproduktion zurückgegangen ist. Das sind nach meiner Auffassung nicht die richtigen Gründe. Die richtigen Gründe liegen einfach darin, daß geradezu wahnsinnige Preise für Hackfrüchte, Kohlrüben usw. erzielt worden sind. Und lediglich die wucherischen Preise, die auch mir gegenüber mancher



Landwirt als viel zu hoch bezeichnet hat, lediglich diese Profitgier ist es, die den Rückgang des Getreidebaus herbeigeführt hat. Wenn hier gesagt worden ist, es müssen die Namen der Wucherer und Schieber, die bei der Verteilung aller Lebensmittel ihr unheilvolles Werk treiben, bekanntgegeben werden, so glaube ich kaum, daß damit dem schlimmen Zustand abgeholfen wird oder abgeholfen sein wird. Es muß vielmehr der ernste Wille aller Kreise vorhanden sein, in die einzelnen Berufsgruppen hineinzudringen, sie auf die ernste Situation aufmerksam zu machen, gerade so, wie es fortgesetzt von der Arbeiterschaft verlangt wird. Da wird fortgesetzt gesagt: Sie müssen ihren Kollegen klar machen, daß wir in den Abgrund hineinrutschen, wenn es so weiter geht. Und das müssen auch in erster Linie die Kreise tun, die die Mittel zum wesentlichen Teil in der Hand haben, hier befriedigende Resultate in den wirtschaftlichen Verhältnissen herbeizuführen, und nicht so, daß man Petitionen bekommt, in denen einfach das Ultimatum gestellt wird: Wenn bis zum 20. dieses Monats keine Antwort in befriedigendem Sinn erfolgt, dann stellen wir einfach die Milchproduktion ein, dann stellen wir die Lieferung von Lebensmitteln ein usw. Wenn auf diese Weise gearbeitet wird, dann kann man keineswegs erwarten, daß man einem gesunden Verhältnis entgegengeht. Wir sind bereit, an einer Gesundung der Wirtschaft mitzuarbeiten. Aber es müssen auch die übrigen Kreise dasselbe zu tun bestrebt sein. Dann wird es möglich sein, bessere Verhältnisse zu erreichen.

Auf eins muß ich noch hinweisen. Man hat während der ganzen Kriegszeit keinen Stoff für die Bekleidung bekommen können. Es fehlte an dem notwendigen Baumwollstoff, Flanell, Leinenstoff usw. Gehen Sie heute die Geschäfte entlang, Sie können ganze Ballen von den Stoffen sehen, mit einem Male sind sie da. Aber welche Preise haben sie jetzt? Tausendprozentige Preise gegen die Friedenspreise. Und ich möchte es nicht untersuchen, ob nicht alle diese Gegenstände nicht noch von der Zeit vor dem Kriege herrühren. Da wäre es doch wirklich kein Opfer, wenn man sich mit etwas geringerem Aufschlag begnügt und die Preise so stellte, daß wir der Gesundung der Wirtschaft einigermaßen entgegengehen. Ich möchte bitten, daß alle Kreise sich Mühe geben, in diesem Bestreben gemeinsam zu arbeiten.

Präsident: Herr Abg. Kaper hat das Wort.

Abg. Kaper: M. H.! Mein Freund Bäuerle hat schon in meinem Sinne vielfach gesprochen. Wir dürfen doch nicht verkennen, daß die hohen Lebensmittelpreise einerseits und die hohen Löhne und Gehälter andererseits eine Mißwirtschaft herbeigeführt haben, die das größte Hemmnis darstellen für den Wiederaufbau unseres gesamten Wirtschaftslebens. Die Kriegswirtschaft des Kapitals mit ihren ungeheuren Gewinnen während des Krieges hat die Profitgier dermaßen angestachelt, daß man ruhig sagen kann, daß sie die Hauptschuld ist an dieser kolossalen Verteuerung, wie wir sie heute haben. Die Sucht nach dem Mammon hat eine Höhe erreicht wie nie zuvor. Hinzu kommt, daß die verminderte Erzeugung und der Mangel an allem einen größeren Gewinn an derselben Warenmenge bedingt, um die angelegten Kapitalien in derselben Höhe zu verzinsen, wenn

nicht noch höher als während des Krieges. Hierzu ein Beispiel: Wenn der Cöln-Essener Bergwerksverein seinen Anteilbesitzern 33 $\frac{1}{3}$ % ausschüttet, dann bekommt man einen Begriff davon, daß die Kohlen pro Zentner von 1,80 *M* auf 4,20 *M* und noch mehr steigen konnten. Es muß immer das Evangelium der Neuzeit gepredigt werden, daß der Unterschied im Einkommen eines großen Teils der Bevölkerung, vor allen Dingen der Großgrund- und Kapitalbesitzer einerseits und der nicht selbständig arbeitenden Klassen aller Parteien andererseits eine merkbare Verringerung der Klassenunterschiede, wie in der heutigen Zeit so dringend notwendig ist, nicht herbeiführen kann. Es muß den bestergestellten Kreisen immer wieder gesagt und in allen Parteien sollte endlich mal der Mut dazu gezeigt werden, daß in kluger Erkenntnis der Wichtigkeit der heutigen schweren Zeit sie sich mit einem geringeren Einkommen abfinden müssen, wenn sie mitarbeiten wollen an dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens. Dann würden auf der anderen Seite die nicht selbständig arbeitenden Klassen zur Einsicht gebracht und mit Recht zum Maßhalten in ihren Forderungen angehalten werden können. Mit Naturgewalt drängt die Not der Arbeiter und Beamtschaft nach Ausgleich in Lohn und Gehalt gegenüber der allgemeinen Preissteigerung. Eine Schraube ohne Ende, wie schon immer gesagt worden ist. Ich sage dazu eine weitere Zerstörung unseres Wirtschaftslebens und vor allen Dingen unserer Staatsfinanzen. Der Staat kann sich unmöglich Einnahmequellen verschaffen, die in Einklang zu bringen sind mit den großen Ausgaben, die hierdurch veranlaßt sind. Und wer ist der Staat? Der Staat ist das Volk. Und wir sehen, daß das Volk durch diese Zustände sich selbst ganz gewaltig schädigt. Ich habe schon erwähnt, daß dieser Umstand das größte Hemmnis darstellt für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens. Daß das hier im Hause wohl allgemein erkannt wird, dürfte angenommen werden. Aber beim Volk da draußen bedarf es noch der Aufklärung. Und ich sehe dafür vor allen Dingen die Presse als erstes Mittel, damit diese Aufklärung weiter vor sich geht. Wir wollen doch anerkennen, daß gerade die Presse mit dem Volk ebenso eng verwachsen ist wie mancher Kollege hier im Hause. Und so dürfte es in erster Linie der Presse zufallen, aufklärend zu wirken, daß dieser heutige Zustand nicht der richtige ist, daß er zum Ruin führt. Es scheint in den ländlichen Bezirken nicht genügend erkannt zu werden, was sie begehen, wenn sie diese Preise fordern, wie sie heute hier zum Ausdruck gekommen sind. Die Presse wäre zu unterstützen mit Aufklärungsschriften, Flugblätter usw. In dieser Richtung möchte ich eine Anfrage an die Regierung stellen, ob es möglich ist — die Herren Enneking und Bäuerle haben es schon erwähnt — durch eine Besprechung oder Vereinbarung mit den Vertretern sämtlicher Organisationen, Landbund, Handwerkskammer, Landwirtschaftskammer, Arbeitergewerkschaften usw., auf dem Wege der Verständigung und nicht durch Paragraphen und Vorschriften etwas zustande zu bringen, was sonst anscheinend unmöglich ist. Ich glaube, das dürfte besser sein, als wenn mit Gewaltmitteln vorgegangen wird. Denn nach den Paragraphen arbeitet heute auf dem Lande leider keiner mehr. Das hat sich aus dem Laufe der Verhältnisse ergeben. Ich möchte also die Anfrage an die Regierung richten, ob sie es

für möglich hält, auf dem Wege der Verständigung etwas zu erreichen im Sinne der Interpellation.

Präsident: Herr Abg. Schmidt (Zetel) hat das Wort.

Abg. Schmidt: M. H.! Der Herr Minister hat vorhin von Mitteln gesprochen, die angewandt werden sollen, um der Not zu begegnen und mehr und billigere Lebensmittel heranzuschaffen. Er hat gesprochen von der Einschränkung der Notenpresse, von vermehrter Arbeit usw. Ein Mittel hat er nicht erwähnt und das ist nach meinem Dünken ein wirksames. Er hat nicht gesprochen von der verderblichen Wirkung der Kriegsgesellschaften, die dafür sorgen, daß unsere Lebensmittel nicht mehr werden. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß den Kriegsgesellschaften energisch auf die Finger gesehen wird. Sie sorgen, scheinbar gestützt auf das Reichswirtschaftsministerium, unter wichtigen Gründen, die nach meinem Dafürhalten zerplagen wie Seifenblasen, dafür, daß keine Lebensmittel vom Ausland hereinkommen, und wenn sie mal ausnahmsweise etwas hereinlassen, geschieht das unter den allergrößten Schwierigkeiten. Warum? Nur um ihre eigenen Vorräte mit möglichst hohem Gewinn zu verkaufen. Sie setzen für etwaige Lebensmittel, die noch hereinkommen, Preise fest, die viel höher sind als der Kaufmann im freien Handel fordern würde und der Konsument sie kaufen kann. Das Direktorium muß etwas tun in dieser Richtung, es hat die Pflicht, beim Reich mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß den Kriegsgesellschaften ganz gehörig das Handwerk gelegt wird und die Kriegsgesellschaften wenn nötig mit eisernem Besen ausgefegt werden. (Bravo!)

Präsident: Herr Abg. Zehetmair hat das Wort.

Abg. Zehetmair: M. H.! Wir haben heute eine Debatte, wie wir sie im ganzen Lande überall finden. Es wird mit Petitionen an Behörden und Körperschaften herangegangen. Und die ganze Sache läuft immer darauf hinaus, daß man die größte Hoffnung immer auf die Festsetzung der Höchstpreise legt, obwohl man schon die Erfahrung zur Genüge gemacht hat, daß das alles nichts nützen kann. Ich bin der Ansicht, wie schon von Herrn Kollegen Seidenberg hervorgehoben wurde, daß es kein anderes Mittel gibt als die restlose Erfassung. Daß noch immer Lebensmittel außer der Verteilung vorhanden sind, das beweist der Schleichhandel. Denn wenn sie restlos erfäßt würden, hätte der Landwirt nichts mehr übrig, könnte der Schleichhandel eben nicht existieren. Ein großer Krebschaden ist es, den Landwirten trotz alledem, ohne daß man ihnen zu nahe treten will, der Vorwurf gemacht werden muß, daß sie, der größte Teil wenigstens, immer darauf hinausgehen, ihre Waren zurückzuhalten, um sie im Schleichhandel abzusetzen. Ich selbst habe im Jahre 1916 die schlimme Erfahrung gemacht. Obwohl ich direkt auf dem Lande wohne, ist es mir passiert, weil ich etwas undvorsichtig war mit der Einteilung der mir zugeteilten Ration, daß ich mit meiner Familie drei Tage hintereinander nur von Pilzen leben mußte. Ich konnte keine Kartoffeln mehr kriegen. Ich konnte absolut nichts erhalten, auch für Geld nicht, weil man mir die Sachen vorenthielt, weil die Leute wahrscheinlich eine Anzeige befürchteten und in zweiter Linie,

weil sie von den Schleichhändlern mehr erzielen konnten. Ich bin daher der festen Ueberzeugung, daß es nur möglich ist durch eine restlose Erfassung sämtlicher Lebensmittel eine Besserung herbeizuführen. Ich bin von jeher der Ansicht gewesen, daß dem Landwirt reichlich belassen werden soll, was er wirklich für sich nötig hat. Es soll da nicht geknauert werden. Aber alles andere soll für die Allgemeinheit erfäßt und richtig verteilt werden.

Präsident: Herr Abg. Fröhle hat das Wort.

Abg. Fröhle: M. H.! Ich will mich kurz fassen. Es ist vom Herrn Abg. Behrens das Münsterland genannt. Mir wäre es lieb, wenn man den Namen des Landwirts hören könnte, der zwei Mark für das Pfund Brot genommen hätte. Ich gebe zu, daß hier solche Auswüchse vorkommen. Aber ich lege Verwahrung ein, daß der größte Teil der Bevölkerung auf dem Standpunkte steht und zwei Mark für das Pfund Brot fordert. Das verurteilen wir ganz entschieden. Und wenn wir in den Gemeinden und Amtsverbänden diejenigen Namen wüßten, die das getan hätten, wir würden diese Herren ganz eklig an den Wagen fahren. Darauf können Sie sich verlassen. Weiter wird hervorgehoben, der Landwirt hätte verdient und könnte sich nicht mehr an die Preise halten usw. und er sei gewohnt, die hohen Summen und Gewinne einzustreichen. Mir war es eine Genugtuung, daß Herr Bäuerle sowohl wie Herr Behrens zugeben, daß gerade auch in den anderen Kreisen, ich möchte fast sagen, mit noch mehr Prozenten gearbeitet worden ist wie gerade in den Kreisen der Landwirte. Wir müssen bedenken, daß der Landwirt heute tatsächlich nicht in der Lage ist, sich Sachen zu beschaffen. Der Landwirt ist nicht in der Lage, sich Kunstdünger zu beschaffen. Der Landwirt muß heute für 150 Pfund Thomasmehl 14 bis 16 M zahlen. Der Landwirt muß zahlen für 1 Pfund Ammoniak 1 M. Ich habe mir die erdenklichste Mühe gegeben, ich habe das Pfund mit 1 M bezahlen müssen. Nun frage ich: Wenn wir diese Preise bezahlen müssen, wo soll dann der Produzent bleiben? Wie sollen wir auf unsere Kosten kommen? Ich könnte näher begründen, mit welchen Unkosten der Landwirt arbeiten muß. Aber ich will das unterlassen. Nur ein Beispiel. Eine Mähmaschine, die früher 250 M kostete, kostet jetzt etwa 1000 M. Und dann kann ich nicht verstehen, daß immer dem Landwirt die Vorwürfe gemacht werden, daß er sich dauernd in Betreff der Korn- und Höchstpreise bereichern wolle, gerade die Kornpreise wären um das Dreifache gestiegen. Ich möchte aber richtig gestellt haben, daß die Kornpreise nicht um das Dreifache gestiegen sind. Ich kann feststellen, daß früher schon 9 und 10 Pfennig für das Pfund gezahlt sind und daß wir heute bekanntlich 14 bis 16 Pfennig zahlen.

Und dann möchte ich noch eingehen auf eine Bemerkung des Herrn Abg. Bäuerle, was mir ganz außerordentlich gefallen hat. Denn er sagte, durch gegenseitige Aufklärung und gegenseitiges Zusammenarbeiten könnte man vielleicht mehr erreichen als durch straffe Gesetze usw. Ich glaube ganz bestimmt, das ist der Fall. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt des Herrn Abg. Zehetmair, der sagt, der größte Teil der Landwirte könnte heute sich nicht mehr daran gewöhnen, die Waren zu den Preisen abzugeben, wie

es sich gehört. Ich sage, der größte Teil der Landwirte denkt Gott sei Dank noch ehrlich. Ich kann nicht verstehen, weshalb immer noch auf den Landwirten herumgeritten wird. Wenn wir bedenken, mit welchen Schwierigkeiten haben unsere Landwirte denn zu kämpfen! Was haben unsere Greise geleistet, die ihren Betrieb aufrecht erhalten haben! Die haben den Betrieb mit Kriegsgefangenen mustergültig weiter geleitet. Unsere Frauen haben Männerarbeit geleistet und haben ihren Betrieb mit Kriegsgefangenen mustergültig weiter geführt. Ich meine, das sollte man doch auch nicht vergessen.

Präsident: Es liegt ein Antrag des Herrn Abg. Lanje auf Schluß der Debatte vor. Wird der Antrag unterstützt? (Zuruf: Jawohl!) Er scheint genügend unterstützt zu sein. Wir stimmen sofort ab. Ich bitte die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Das ist die Mehrheit. Es hatten sich noch weiter gemeldet die Herren Abgeordneten Baumüller, Sante und Heitmann.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung wird morgen stattfinden mit der Tagesordnung: Bericht des Verwaltungsausschusses über den Verfassungsentwurf. Herr Abg. Driver hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Driver:** M. H.! Die Tagesordnung soll morgen früh 10 Uhr beginnen. Sie wird lange dauern. Wir werden bis 2 Uhr nachmittags hier sitzen. Und übermorgen wird es gerade so sein. Ich meine, weil wir jetzt in der Sommerzeit sind, könnten wir gern um 9 Uhr beginnen und um 1 Uhr Schluß machen.

Präsident: Herr Abg. Lohse hat das Wort.

Abg. **Lohse:** Ich bin sonst ganz damit einverstanden. Ich möchte nur bitten, jetzt nicht um 9 Uhr, sondern halb 10 Uhr anzufangen, weil ich den Verwaltungsausschuß bitten möchte, noch Stellung zu nehmen zu einem Nachtrag.

Präsident: M. H.! Es ist beantragt, morgen früh 9 Uhr zu beginnen. Dann ist beantragt, halb 10 zu beginnen. Ich bitte die Herren, die dafür sind, daß morgen früh 9 Uhr begonnen wird, sich zu erheben. — Geschieht. — Das ist die Mehrheit. Dann also morgen früh 9 Uhr, und ich nehme an, in Zukunft auch um 9 Uhr. Es kommt morgen der Verfassungsentwurf und außerdem auf Wunsch des Herrn Regierungskommissars der Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 15, betreffend Anleihe.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß 1 Uhr.)

